

Die Preisliste enthält morgens und nachmittags, Sonntage und Montags aus... Der Bezugspreis beträgt bei jeder Lieferung ins Haus für Groß-Berlin...

Die abgesetzten Reparationszettel über deren Raum lohnt 2.- M. einschließlich... Die abgesetzten Reparationszettel über deren Raum lohnt 2.- M. einschließlich...

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Der Reichstag

Der Reichstag ist gestern in die Weihnachtsferien gegangen. Man kann nicht gerade behaupten, daß er seine Arbeiten glorreich beendet habe, denn die Sitzung schloß mit der Feststellung seiner Beschlusfähigkeit. Dabei war das Haus besser besetzt als an sehr vielen anderen Tagen.

Er würde ihr nicht so leicht in den Schoß gefallen sein, wenn die Abgeordneten es mit ihren Pflichten etwas ernster nähmen. Damit sind wir an einem der wunden Punkte unseres Parlamentarismus angelangt.

Nicht bei allen trägt mangelhaftes Pflichtbewußtsein die Schuld. Politisch wird nicht nur im Parlament getrieben und manch einer leistet draußen unter Umständen für die von ihm vertretene Sache wertvollere Arbeit, als im Sitzungssaal.

Es ist sicher nicht zu verkennen, daß der ganze Betrieb einem sehr häufig ein hartes Mißbehagen verursachen kann. Die Qualität des Geleisteten steht in einem gar zu krassen Mißverhältnis zu der Quantität des Geredeten.

Eine der junkerlichen Zierden des vorrevolutionären Reichstags, Herr v. Oldenburg-Januschau, hat seinen Grundriss einmal dahin formuliert, daß eine Rede kurz und verlegend sein müsse.

Trotz allem kann der Reichstag sich, wenn er jetzt in die Ferien geht, darauf berufen, daß er eine große Reihe von Gesetzesvorlagen erledigt habe.

#### Deutschland in Brüssel

##### Die deutschen Vorschläge

Brüssel, 18. Dezember.

In der heutigen Vollziehung der Sachverständigen-Konferenz, die um 10 Uhr vormittags abgehalten wurde, ergriff sofort Staatssekretär Bergmann das Wort. Er stizzierte in großen Umrissen das deutsche Programm in der Reparationsfrage, wobei er auf den in Spa gemachten Vorschlag hinwies und den deutschen Wunsch betonte, daß eine Gesamtschädigung festgesetzt werde.

Die Delegierten der Alliierten hielten darauf eine Beratung unter sich ab, welche fast eine Stunde dauerte. Nach Wiederaufnahme der Vollziehung teilte Präsident Delacroix mit, daß die Bildung einzelner Unterausschüsse, insbesondere für die Sachleistungen, die Staatssekretär Bergmann vorgeschlagen hat, erfolgen soll.

Ueber die Nachmittagsitzung berichtet Havas-Neuter: Im Verlaufe eines Meinungsaustausches zwischen den alliierten Delegierten wurde der Beschluß gefaßt, bestimmte Persönlichkeiten aus ihrer Mitte damit zu beauftragen, daß sie sich mit der deutschen Delegation in Verbindung setzen, um von ihr nähere Erklärungen über einige Punkte zu erhalten, welche in dem bisher von ihr vorgeschlagenen Exposé behandelt sind.

#### Rußland und Rumänien

Die russische Regierung hat nach einer Wolff-Meldung an Rumänien erneut die Bitte gerichtet, zum Zwecke von Friedensverhandlungen Ort und Datum der Verhandlungen zwischen Rußland und Rumänien festzusetzen.

auch die Regierung legte den größten Wert darauf, die Besprechung dieser Frage noch vor Weihnachten vorzunehmen, wobei der Regierung darum zu tun war, den schlechten Eindruck der deutsch-nationalen Interpellation über die Zustände in den russischen Internierungslagern zu verwischen.

Es ist schon allerhand, daß wenigstens noch die Novelle zum Reichsnotopfer unter Dach und Fach gebracht worden ist. Auch das wäre beinahe gescheitert. Freilich nicht sowohl an dem schlechten Arbeiten der Parlamentarismaschine, als an dem gar zu guten der kapitalistischen Parteien.

ischen und militärischen Lage der russischen Republik ihr Friedenswunsch und ihre feste Entschlossenheit, freundschaftliche Beziehungen mit den anderen Staaten anzuknüpfen, bereit, daß sie bereit sei, in breitem Maßstabe die Wünsche zu erfüllen, welche die rumänische Regierung äußern könnte.

#### Die Adria-Frage

Der Vertrag von Rapallo, der die italienisch-slavischen Differenzen an der Adria regelt, ist vom italienischen Senat ratifiziert worden. Vor der Abstimmung im Senat erklärte Giolitti, die Abstimmung müsse ein klares Ergebnis zum Ausdruck bringen, da die Meinungsäußerung des Senats es in Fiume deutlich machen müsse, daß Italien über alle festehe.

Die Neuherung Giolittis ist ein Wink für d'Annunzio, der sich durch seine Extratouren immer mehr in Widerspruch mit dem offiziellen Italien setzt.

#### Die deutschen Zahlungen im Ausgleichsverfahren

Ueber die Höhe der bisher im Ausgleichsverfahren an England und Frankreich geleisteten Zahlungen sind in der letzten Zeit vielfach irrige Mitteilungen durch die Presse gegangen. In Wahrheit handelt es sich dabei um folgende Beträge:

|                       |                          |
|-----------------------|--------------------------|
| Anfang August 1920    | 86 311 Pfd. Sterling     |
| Anfang September 1920 | 3 290 750 Pfd. Sterling  |
| Anfang Oktober 1920   | 2 363 317 Pfd. Sterling  |
| Anfang November 1920  | 3 143 071 Pfd. Sterling  |
| im ganzen also        | 8 823 449 Pfd. Sterling. |

An Frankreich sind bisher zum Zwecke der Abdeckung des Oktober-Debitsaldos im Ausgleichsverfahren mit Cassa-Lothringen Anfang November 1920 45 158 051 französische Franks gezahlt worden.

Das amerikanische Antitrustgesetz. Der amerikanische Senat hat ein Gesetz angenommen, das die Streiks unterlagt und verbietet, die eine Lahmlegung des Handels und der Industrie zur Folge haben könnten.

Regierung, die nicht mehr ein und aus weiß, die sofortige Einziehung von einem Drittel der Abgaben in zwei Raten am 1. Februar und am 1. August 1921. Die ganze kapitalistische Clique geriet in Aufruhr.

Nein, wir haben wirklich keinen Grund, auf das deutsche Parlament stolz zu sein und auf seine Arbeiten Hoffnungen zu setzen. Seine Politik ist so kläglich wie seine Methoden, und wenn wir nicht schon ohnehin vom Standpunkt der proletarischen Interessen aus dem Parlamentarismus außerordentlich skeptisch gegenüberstünden, so könnten uns die Erfahrungen, die wir bisher mit dem ersten Reichstag der deutschen Republik gemacht haben, die Begeisterung austreiben.

# Metallarbeiter! Die Entscheidung fällt heute!

Alle Stimmen für die Liste Biska-Urich!

# Partei-spaltung in der Schweiz

Von Robert Grimm, Bern

Die Spaltungsfrage bildete die Tagesordnung des jüngsten sozialdemokratischen Parteitag in der Schweiz. Diese Erkenntnis war bis knapp vor dem Zusammenritt des Berner Kongresses keineswegs so selbstverständlich und allgemein. Die sogenannte Parteiführung hatte bisher jede Spaltungsabsicht dreist geleugnet. Es handelte sich nur um den Hinauswurf einer Handvoll unbehaglicher Führer, die Moskau nicht anerkennen konnte, mehr begehrte man nicht.

Diese aus taktischen Gründen gewählte Drapierung fiel, als der Parteitag unmittelbar bevorstand. In herzerweichender Offenheit begründete der „Basler Vorwärts“, das einzige Organ der Parteiführung in der Schweiz, den Parteitag mit einem die Spaltung verherrlichenden Artikel. Die Parole wurde von den unbedingten Anhängern Moskaus folgsam aufgenommen und als in der Hauptabstimmung die 213 unterlegen sind, da haben sie den Spaltungswillen durch einen mit einer Erklärung abgerundeten Auszug aus dem Verhandlungsprotokoll unterstrichen.

Mit diesem demonstrativen Auszug und der darauf folgenden Sonderabstimmung der Reformkommunisten ist die Spaltung auch in der Schweiz perfekt. Aber es wäre grundfalsch, vom Stimmverhältnis auf dem Parteitag Schlüsse auf das Stärkeverhältnis in der Partei selbst zu ziehen. Dem Parteitag folgt die Urabstimmung, die innerhalb sechs Wochen durchgeführt werden muß. Hier wird die Mehrheit gegen die Spaltungspolitiker eine erdrückende sein. Der Parteitag war von einer großen Zahl kantonalen Parteiorganisationen nur schlecht besetzt, mehr als die Hälfte der Delegierten stellten Bern, Basel und Zürich. Die Anhänger des Beitritts kamen mit gebundenen Mandaten. Die Marschroute lautete für die dritte Internationale, aber sie lautete nicht für die Parteispaltung. Nach dem Parteitag ist nun die Frage anders gestellt als vorher, und wenn die Masse der Parteigenossen sich für oder gegen die Spaltung auszusprechen hat, so wird sie in großer Ueberzahl gegen die Zertrümmerung der Partei, der später automatisch die Zertrümmerung aller übrigen Klassenorganisationen folgen müßte, entscheiden.

Glücklicherweise ist diese Stellungnahme nicht durch das alte Prinzip der Einheit bestimmt. Die Einheit der Partei „um jeden Preis“ findet in der schweizerischen Sozialdemokratie keinen Resonanzboden, dafür ist die vor einigen Jahren erfolgte Trennung vom schweizerischen Grüttverein, eines auf dem Boden der Klassenveröhnung stehenden kleinbürgerlichen Gebildes, der beste Beweis. Voraussetzung der Parteeinheit ist die Gemeinschaft gleicher Gesinnung und diese Gesinnung ist die des revolutionären Klassenkampfes, wie ihn Marx wissenschaftlich begründete.

Diese Gesinnung hat seit dem Kriegsausbruch ihren Niederschlag gefunden in der konsequenten Linksentwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie, sie wurde aufs neue dokumentiert durch den Berner Parteitag selbst. Soweit die Anhänger Moskaus auf dem Boden des Marxismus stehen und nicht der gefühlsmäßigen Richtung des Anarchismus und seinen Spielarten verfallen sind, können sie in grundsätzlichen Meinungsverhältnissen eine Basis für die Spaltung nicht finden, denn solche prinzipielle Meinungsverhältnisse bestehen nicht. Auch die letzten Zweifel hat der Parteitag in dieser Beziehung beseitigt. Er grenzte ab nach rechts und links. In der Programmreform lehnte er den Reformismus einmütig ab und bekannte sich gegen eine verschwindende Minderheit zur Diktatur und zum Rätesystem. Ebenso entschieden verwarf er den Blanquismus, auf dem letzten Endes die Beschlüsse des zweiten Moskauer Kongresses und die 21 Bedingungen beruhen.

Die von den Auszuglern dem Parteitag vorgetragene Erklärung ließ die Spekulation erkennen, auf die sie ihre Sonderaktion wie ihre Spaltungsparole aufgebaut hatten. Wie sie vor dem Parteitag es nicht wagten, die Spaltung offen zu proklamieren, so wagten sie es nach dem abliegenden Beschluß über die 21 Bedingungen nicht, die Konsequenz aus ihrer Stellungnahme zu ziehen. Diese Schwächlichkeit stand im Zusammenhang mit der Beratung des neuen Parteiprogramms. Von der Linken ausgehend, daß das marxistische Zentrum in der Frage der Diktatur und des Rätesystems ohne die Mitwirkung der Linken unterliegen würde, sollte diese supponierte Niederlage den äußerlichen Rechtfertigungsgrund für die vollzogene Parteispaltung bilden. Es kam anders. Die so verärrtete Berner Arbeiterklasse, die eben erst geschlossen wurde, fand ihre erste praktische Auswirkung am Schweizer Parteitag. Indem der Parteitag in den Motiven zur Ablehnung der Moskauer Bedingungen den sachlichen Inhalt des von der Berner Konferenz erlassenen Manifests billigte, konnte er national, das heißt für die Formulierung des Parteiprogramms, nicht eine andere Haltung einnehmen und so kam es zu einem schlichten Bekenntnis zur Diktatur und zum Rätesystem.

Die weniger in der vollzogenen Trennung als in diesem Bekenntnis liegt die Bedeutung des Schweizer Parteitags. Er hat damit die in den letzten Jahren vollzogene geistige Wandlung der Partei programmatisch festgelegt. Aber das Bekenntnis ist mehr. Es verrät das tiefe Sehnen der schweizerischen Arbeiterklasse nach einer tatkraftigen Internationale, die mit den Methoden der verflochtenen Brüsseler Internationale nichts gemein, ohne andererseits auf Kosten der Wahrheit und der Klarheit opportunistische Bündnisse nach links einzugehen, die morgen wieder zusammenbrechen müssen, weil die Grundlage gleicher Weltanschauung fehlt.

Auf die Erklärung der verdrossen abgezogenen Linken hat der Parteitag mit einer Proklamation an die Parteigenossen geantwortet. Der Parteitag weist darin den ungeheuerlichen und wider besseres Wissen erhobenen Vorwurf zurück, als ob er sich mit seiner Schlußnahme auf die Seite der Feinde Sowjet-Russlands und der dritten Internationale gestellt hätte. Und wenn die Linke sich scheute, die Konsequenzen zu ziehen, indem sie noch bis nach der Durchführung der Urabstimmung in der Partei zu bleiben wünscht, so hat der Parteitag die notwendigen Folgerungen gezogen und die Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei mit der Mitgliedschaft bei der kommunistischen Partei erklärt.

Nicht erschüttert, sondern innerlich gefestigt, froh darüber, endlich nach beiden Seiten hin zu einer für eine kräftige Vorwärtsentwicklung notwendigen Klarheit gekommen zu sein, darf die schweizerische Sozialdemokratie auf ihren Berner Parteitag zurückblicken. Die bevorstehende Urabstimmung wird dieses Urteil bestätigen und die jetzt einsetzenden Kämpfe gegen die bürgerliche Reaktion nicht minder, jetzt nachdem die erfolglose Auseinandersetzung endlich einen großen Teil der Hindernisse hinwegräumte, die in den letzten Monaten als Folge des Parteistreikes die Kampfkraft der schweizerischen Arbeiterklasse lähmten.

# Das Märchen der „Deutschen Zeitung“

Die „Deutsche Zeitung“ behauptet in ihrer Ausgabe vom Sonnabend, daß das Auswärtige Amt in dem Besitz der Photographie eines Briefes von Trotski an Sigdor Kopp sei, in dem die Aufforderung enthalten sei, mit allen Kräften an der Revolutionierung Deutschlands und dem Sturz der deutschen Regierung zu arbeiten. Wie die V. P. K. von zuverlässiger Seite erfahren, ist diese Behauptung unrichtig. Im Auswärtigen Amt ist ein dazugehöriger Brief Trotskis weder im Original noch in einer anderen Form bekannt.

Was die „Deutsche Zeitung“ nicht hindern wird, dieses Märchen noch für unendliche Zeiten in der politischen Agitation zu verwenden.

## Die verpuffte Aktion

Aus Halle wird uns geschrieben:

Der Generalkrieg, den die Halleischen Kommunisten aus Anlaß der Ausweisung ihres Führers, Dr. Viktor Stern, am Donnerstag in Szene setzten, ist elend in die Brüche gegangen. Für Freitag vormittag waren wieder Versammlungen anberaumt, und es war von den Halleischen Kommunistenführern beabsichtigt, den Streik in verstärkter Weise fortzuführen. Doch über Nacht waren diese Strategien anderen Sinnes geworden. Verschiedene Ursachen haben wohl dazu beigetragen. Die Reichszentrale der V. P. K. wird jedenfalls nicht mit diesem Streik Ihrer Halleischen Parteifreunde einverstanden gewesen sein. Auch in den benachbarten Bezirken soll absolut keine Reizung zu finden gewesen sein, sich der Aktion anzuschließen. Und schließlich haben selbst die Arbeiter in Halle, die eingeschriebene Mitglieder der V. P. K. sind, ihren Mißmut über diesen leichtfertigen Streik zum Ausdruck gebracht. Nach einigen Redemomenten der Referenten in den Versammlungen am Freitag scheint es in der Sitzung der Vertrauensmänner am Donnerstagabend zu heftigen Zusammenstößen gekommen zu sein.

Unter diesen Umständen hätte den Arrangements dieser Aktion nichts anderes übrig, als den in den Freitagvormittags erschienenen zu empfehlen, den Streik noch am selben Nachmittag abzubrechen. Das wurde denn auch ohne jede weitere Diskussion gegen ganz vereinzelte Stimmen beschlossen. Die wenigen, die ihre Hände gegen die Resolution erhoben und damit für die Weiterführung des Streiks stimmten, wurden kräftig ausgeschalt. Dieses Vorgehen ist naturgemäß auch den Halleischen Kommunistenführern, denn ursprünglich waren ja auch sie für die Weiterführung der Aktion. Ein großer Teil der Halleischen Arbeiter — das konnte man aus vielen im kleinen Kreis geführten Gesprächen herausgehören — hat sich gerade aus Anlaß dieser Aktion seine eigenen Gedanken über diese „Führer“ gemacht, und diese können jetzt auch sagen: „Noch einen solchen „Sieg“, und wir sind verloren.“ In verschiedenen Betrieben sprachen sich ganz erhebliche Mehrheiten gegen den Streik aus und in einzelnen ist sogar gearbeitet worden, vor allem bei der Post und bei der Eisenbahn.

Die Gewerkschaften, wie auch die S. P. D. und unsere Partei, haben sich völlig neutral verhalten. Sie waren von den Kommunisten garnicht verständigt worden. Diese Organisationen mißbilligen natürlich auch mit aller Entschiedenheit den Schritt der Regierung, aber dennoch einen politischen Massenstreik vom Zaun zu brechen, das konnten sie nicht verantworten.

Die Denkwürdige der Halleischen Kommunistenführer kennzeichnet übrigens auch folgende Vorgänge. Als Mitte November das Halleische Gewerkschaftsblatt eine Protestversammlung gegen den Eberischen Streikerlass einberief, da wurde diese Versammlung von den Kommunisten sabotiert. Einige Tage später beriefen sie selbst eine Versammlung mit derselben Tagesordnung ein, die gut besucht war, sich aber mit einer Protestresolution begnügte. Sterns Anweisung bezeichnen die Kommunisten als einen Schlag der Reaktion gegen die Arbeiterschaft, der mit einem kräftigen Schläge erwidert werden müsse. Das Attentat auf das Streikrecht der Arbeiter wird von ihnen jedoch mit einer Protestresolution abgetan!

Die Ausweisung Dr. Viktor Sterns soll, wie der rechtssozialistische Halleische Volksdirektor Böhl in einem Aufsatz kundgab, auf dessen Tätigkeit im Ruhrgebiet zurückzuführen sein. Diese Tätigkeit liegt aber bereits acht Monate zurück. Wir müssen gestehen, daß diese Begründung ebenso lächerlich wirkt wie das Verbot der „Leipziger Volkszeitung“, das Ende Januar d. J. erfolgte, weil dieses Blatt in einem Mitte Dezember 1919 erschienenen Artikel gegen irgend welche geheiligten Interessen verstößen haben sollte. Die Arbeiter im Ruhrgebiet haben seinerzeit Dr. Stern mit Schimpf und Schande davon gejagt, und damit hatte er seinen Lohn für seine dortige Tätigkeit empfangen. Im übrigen hat der Mann später nicht mehr getan als so viele seiner Gefinnungsgenossen, seine Ausweisung kann man also nur als politische Dummheit bezeichnen.

Der von den Kommunisten angezettelte Generalkrieg soll noch böse Folgen für eine Anzahl der beteiligten Arbeiter haben. Einige Betriebsleitungen drohen bereits mit Aussperrungen von längerer Dauer und auch die Staatsanwaltschaft will auf Grund des Eberischen Streikerlasses, der immer noch nicht aufgehoben ist, gegen die Arbeiter im Elektrizitäts- und Gaswerk in Aktion treten. Gegen diese Maßnahmen werden zweifellos die Gewerkschaften und auch unsere Partei einen kräftigen Widerstand einbringen. Wenn wir auch diesen politischen Massenstreik nicht gebilligt haben, so können wir doch niemals zugeben, daß Personen, die daran teilgenommen haben, dafür bestraft werden. Deshalb muß damit gerechnet werden, daß es noch zu Kämpfen kommen wird, die aber dann von einer besseren Idee erfüllt sein werden als diese verpuffte Aktion der Kommunisten es war.

## Noch eine mißglückte „Aktion“

Auf einem Parteitag der Kommunisten in Ober-Sachsen stand die Frage der Volksabstimmung zur Erörterung. Die deutsche Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei hatte im Einverständnis mit dem Exekutivkomitee der dritten Internationale gefordert, daß die ober-sächsischen Kommunisten weder für Deutschland noch für Polen stimmen, sondern Zettel mit der Aufschrift: „Für die Sowjet-Republik“ abgeben sollten. Damit aber waren die polnischen Genossen im Einverständnis mit der Zentrale der polnischen Partei nicht einverstanden. Sie forderten Stimmhaltung, und ihre Auffassung drang mit 50 gegen 47 Stimmen durch.

Dieser Beschluß betraf die „Rote Fahne“ sehr. Sie erklärt, daß damit ihr Plan einer Aktion durchkreuzt sei, denn Aktionen könnten nicht mit einer negativen Parole, wie der der Stimmhaltung geführt werden. Positive Parolen seien notwendig, um die Arbeiter zu veranlassen, gegen die „Abstimmungsformde“ Stellung zu nehmen.

Wir müssen gestehen, daß es ein Zeichen von großer Bescheidenheit der Kommunisten ist, wenn sie die Aufforderung, zur Abgabe eines Stimmzettels für Sowjet-Rußland in Ober-Sachsen für eine positive Parole und die Abgabe eines solchen Votums im geheimen Abstimmungsverfahren für eine Aktion erklären, und uns will scheinen, als ob der vom Moskauer Exekutivkomitee diktierte Plan in noch viel höherem Maße die Bezeichnung einer Komödie verdient als die Volksabstimmung selbst. Den polnischen Genossen

aber fehlt im Gegensatz zu den deutschen offenbar noch der nötige Respekt vor den Moskauer Parolen. Es ist die höchste Zeit, daß Einowjem bei ihnen nach dem Rechten sieht.

## Das Flugzeugbauverbot

Hilferuf an den Internationalen Gewerkschaftsbund

Die vereinigten Angestellten- und Betriebsräte haben im Auftrage der gesamten Angestellten- und Arbeiterschaft, die im Flugzeugbau und Luftverkehr beschäftigt ist, folgendes Telegramm an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam gerichtet:

„Am 16. Dezember hat unsere Regierung eine Note an die Entente gerichtet, in der sie die rechtlich unbegründete Forderung nach Einstellung des deutschen Flugzeugbaues ablehnt. Helft uns Kollegen. Schützt uns vor Brotlosmachungs-Maßnahmen auf Eure Regierung ein, daß sie die Vorschläge unserer Regierung annimmt. Eine Gefahr aus der Luft droht von deutscher Seite nicht mehr. Die Herstellung von deutschen Kriegsflugzeugen werden wir stets zu verhindern wissen.“

Die Gewerkschaftsinternationale wird ersucht, den Inhalt des Telegramms der Arbeiterschaft in den Entente-Staaten bekanntzugeben.

## Gemeindewahlen in Sachsen

Uns wird geschrieben:

Der Ausgang der Stadtverordnetenwahlen im Chemnitzer Bezirk hat in Meerane die rechtssozialistische Mehrheit gebracht. Während die Rechtssozialisten im Januar 1919 annähernd 7000 Stimmen müßten konnten, brachten sie es am 12. Dezember nur auf 3400 Stimmen. Von dem Verlust der 3370 Stimmen gewann die Unabhängige sozialistische Partei 2037 Stimmen. Sie zieht nunmehr mit acht Vertretern ins Rathaus ein. Auf die Rechtssozialisten entfallen zehn Vertreter. Diesen 18 Mandaten der beiden sozialistischen Parteien stehen zwölf bürgerliche gegenüber. Die bürgerlichen Parteien hatten bei dieser Wahl alle Interessengruppen ausgeschaltet. Zusammengeschweigt zu einem Block wollten sie die Arbeiterparteien niederringen. Die Kommunisten hatten sich von vornherein ausgeschaltet. In der Erkenntnis, daß ihnen kein Erfolg winkte, sahen sie von der Aufstellung einer eigenen Liste ab.

Bei der Wahl in Burgstädt erhielten die vereinigten bürgerlichen Parteien 638 Stimmen (3 Mandate), die Hausbesitzer 568 Stimmen (4 Mandate), die U. S. P. 867 Stimmen (3 Mandate), die Rechtssozialisten 638 Stimmen (4 Mandate) und die S. P. D. 463 Stimmen (3 Mandate). Es stehen 12 sozialistische Vertreter 9 bürgerliche gegenüber. Obwohl die Wahlbeteiligung gegenüber der Landtagswahl um 3 Prozent geringer war, vereinigte die U. S. P. über 100 Stimmen mehr auf ihrer Liste. Jedenfalls innerhalb vier Wochen ein vielversprechender Erfolg!

## Kongress der russischen Kommunisten

Der 10. Kongress der russischen kommunistischen Partei ist auf Anfang Februar angesetzt. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Die Gewerkschaftsfrage und ihre Rolle im wirtschaftlichen Leben, die Sowjet-Republik und ihre Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten, die Organisation der Industrie, die Arbeiterdemokratie, die Nationalfrage, die Frage des öffentlichen Unterrichts usw.

Die „Framba“ erklärt, daß diese riesenhafte Tagesordnung die richtigen Fortschritte des Sowjet-Staates bezeugt.

Der Umfang einer Tagesordnung an sich gibt noch kein Bild von den riesigen Fortschritten des Sowjet-Staates, sondern höchstens von den riesigen Aufgaben, die zu lösen sind. Diese Aufgaben wachsen zusehends, während andererseits die materiellen und ideellen Voraussetzungen zur Bewältigung dieser Aufgaben längst nicht in gleichem Maße steigen. Und so wird die Ausgleichung der Differenz, die zwischen den zahlreichen und wichtigen Problemen und den Möglichkeiten ihrer Erledigung liegt, die vornehmste Aufgabe dieses Parteikongresses sein müssen, der doch zugleich Regierungsorgan ist. Die riesigen Fortschritte können also höchstens erst Ergebnis des Kongresses sein.

Was wir zurzeit aus Rußland, und zwar aus kommunistischen Quellen, erfahren, ist nicht gerade ermutigend. Die Krise in der Partei, die Abwanderung in das Lager der Parteiloßen, die dumpfe Erregung, die Konzessionen an den ausländischen Kapitalismus, das sind Dinge, die in ihrer Bedeutung voll erfasst werden müssen, um sie gebührend einzuschätzen. Dazu die geradezu selbstvernichtende Politik der russischen Kommunisten, die sie durch ihre Spaltungspolitik im Westproletariat üben. Gerade für einen sozialistischen Staat ist die Sympathie der internationalen Arbeiterklasse, und nicht nur die gefühlsmäßige, ein außerordentlich hoch zu bewertender Faktor. Dieses Gut verwahren die Bolschewisten in frevelhafter Verblendung. Sie feiern täglich neue Spaltungen und bedenken nicht, daß sie sich aus Freunden gewundene Gegner schaffen.

Die Regierungspolitik der Bolschewiki als ganzes unterliegt nicht unserer Kritik. Sie ist ureigenste Sache der russischen Kommunisten und des russischen Proletariats selbst. Wir beschäftigen uns nur insoweit mit ihr, als sie uns und anderen Ländern gewaltsam aufzuzwingen werden soll.

## Die unentgeltliche Lebensmittelverteilung

Die Sowjetregierung hat einen Beschluß erlassen, der die kostenlose Lebensmittelverteilung an die Bevölkerung Petersburgs und Moskaus ab 1. Januar 1921 anordnet. Im übrigen Rußland sollen nur die werktätigen Elemente der Bevölkerung unentgeltlich ernährt werden. Diese Verfügung bezieht sich nur auf die Rationen, welche die Sowjetregierung auf Kartons verteilen läßt, und das Defizit stellt insofern keine wesentliche Neuerung dar, als bisher schon die Preise, die die Bevölkerung für die auf Kartons erhältlichen Lebensmittel zu zahlen hatte, in gar keinem Verhältnis zu den Marktpreisen standen. Während beispielsweise ein Pud (16 Kilo) Roggen im freien Handel mit 1500 Rubel bewertet wird, sofern es überhaupt anders als im Tausch gegen Bedarfsartikel erhältlich ist, beträgt der in diesem Herbst staatlich festgesetzte Höchstpreis für ein Pud Roggen nur 75 Rubel. Dessenungeachtet hat die für Moskau bereits angeordnete kostenlose Verteilung der Rationen an die Bevölkerung heftigen Unwillen erregt, und andere Städte haben sich über die Bevorzugung Moskaus beschwert. Der Moskauer Sowjet ist, wie gemeldet, wegen seines eigenmächtigen Vorgehens, unter Anklage gestellt worden.

Die Festlegung der armenischen Grenzen. Nach Meldungen aus Baku haben nach dem Friedensschluß zwischen Armenien und dem türkischen Nationalisten in Erivan die Verhandlungen zur Festlegung der armenischen Grenzen begonnen. Die Moskauer Regierung kündigt an, daß sie die Unabhängigkeit der Sowjet-Armeniens anerkennt und die Interessen der armenischen Interessen überwiegen werde.

# Deutscher Reichstag

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Es folgt die erste und zweite Beratung der von allen Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten, beantragten außerordentlichen Beihilfen für die Invalidenrentner.

## Abg. Bruchardt (U. S. P.)

verweist darauf, daß die soziale Misere das dringendste Problem der Gesellschaft ist. Staat, Reich, Gemeinden, Versicherungsanstalten sind durch die Kriegspolitik bankrott. Die Regierung ist der Kommiss der herrschenden kapitalistischen Gesellschaft, wie es der frühere sogenannte Herrscher war, der das Wort von der gesunkenen Komposthaufen prägte. Die Schüssel ging in Scherben. Die Armen werden von Scherbe zu Scherbe verworfen. Keine kann helfen. Das Reich verzagt seine Hilfe. Ein Regierungsvorsteher erklärte im Interdisskurs: „Die Not ist groß. Sie wird noch größer werden.“ Dennoch keine Reichsmittel zur Verfügung zu stellen, bedeutet das wahr machen, was Professor Gruber in München sagte, nämlich 15 Mill. Menschen verdoorn lassen. Der Rückgang der an und für sich täglich steigenden Zahl der Invalidenrentner, das Hinwischen der Zahl der Witwenrenten zeigt, daß das Massensterben bereits begonnen hat. Hier müssen Regierung und Parteien gezwungen werden Farbe zu bekennen, ob sie helfen wollen. Unsere Anträge liegen in der Richtung. In der Kommission wurde festgestellt, daß durch den Ausschuß die Hilfssaktion für die Sozialrentner unterbrochen worden ist. Die Sozialrentner mögen sich dafür bei den Kappisten bedanken. Da das Reich für Sozialrentner keinerlei Mittel zur Verfügung hatte, wohl aber für Kriegspolizei, hat die Kommission ihre Arbeit auf der praktischen Solidarität der Arbeiter aufgebaut. Durch Verdoppelung der Beiträge wird den Rentnern eine kleine Hilfe gebracht. Wirkliche Hilfe wird den Rentnern erst anteil werden, wenn die Arbeiterklasse die politische Herrschaft antritt. Daß die Regierung und die kapitalistische Gesellschaft den Rentnern nicht helfen will und kann, geht daraus hervor, daß sie nur leben kann auf Grund der Verelendung der Massen. (Beifall bei der U. S. P.)

Abg. Vah (U. S. P.): Die Arbeiterversicherung ist durch die Kriegspolitik der Helferricht um ja gerade gerichtet worden. Schnelle und ausreichende Hilfe ist notwendig.

In der Abstimmung wird die Vorlage in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den Erlass von

Verordnungen für die Zwecke der Uebergangswirtschaft:

Ernährungs- und Beschäftigungsgesetz. — Danach kann die Regierung mit Zustimmung eines Reichsausschusses von 23 Mitgliedern wirtschaftliche Uebergangsvorkehrungen erlassen. Der Reichsausschuß beantragt, daß zur Beschäftigung des Reichsausschusses eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sein soll, und daß die Verhandlungen öffentlich sein sollen. Die Koalitionsparteien beantragen dazu die Zweidrittelmehrheit nur für die Einführung oder Aufhebung von Beschränkungen anzuerkennen.

Abg. Lipinski (U. S. P.): Meine Fraktion hat sich bereits früher gegen die Vorlage ausgesprochen. Alle unsere Bedenken haben sich vollkommen richtig erwiesen. Die Rechtsgültigkeit des Gesetzes wurde auch vom Reichstage angezweifelt, weil eine Reihe von Rechten, die nur dem Reichstage zustehen, einem Ausschuss überwiesen wurde. Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Kommission sind zugleich Anhänger der agrarischen Großkapitalisten. Die Mehrheit, die die Freigabe der Fleisch- und Kartoffelwirtschaft befreit, hat, bestand fast nur aus Landwirten. Im Ausschuss sind unsere Verbesserungsvorschläge abgelehnt. Wir stimmen gegen das Gesetz. (Bravo! h. d. U. S. P.)

Abg. Herzfeld (Kommunist): Das Gesetz ist wirtschaftspolitisch von größter Bedeutung. Jeder, dem es erst mit der Verfassung und dem die Rechte des Reichstages wertvoll sind, wird es mit uns ablehnen.

In der Abstimmung wird das Gesetz mit dem Koalitionsantrag gegen die Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Es folgt die erste und zweite Beratung über die

beschleunigte Veranlagung zum Reichsnotopfer

Abg. Dr. Helfferich (D. N.) begründet seine Anträge in längeren Ausführungen und kommt dabei auf die Vorgänge im Ausschuss zu sprechen. Der § 1 hat auch in der etwas abgeänderten Form keinerlei Notwendigkeit. Für eine beschleunigte Veranlagung wollen wir die Möglichkeit geben, nicht aber für eine beschleunigte Steuererhebung, denn dazu muß der Steuerpflichtige erst herbeigeführt werden. (Zuruf Abg. Hildenbrand (Soz.): Sie wollen die ganze Sache sabotieren. — Widerspruch.) Wir hatten bei dieser Angelegenheit eine recht gute Gesellschaft, die wir jetzt allerdings über Nacht verloren haben. (Heiterkeit links und rechts. — Zuruf von den Koalitionsparteien.) Die Regierung hätte aus dieser Frage auf keinen Fall eine Regierungskrise machen dürfen. Redner begründet dann in längeren Ausführungen seine Ansicht, daß die Zwangsanleihe der bessere Weg gewesen wäre, für die im Kabinett nicht der Finanzminister gestimmt hätte.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Ich erlaube um Zustimmung zur Vorlage der Regierungsparteien. Gegenüber den Ausführungen des Reichsantragspräsidenten war es eine Sache der Regierungsparteien, sich im Ausschuss zu entscheiden. Für die Schonung des Kleinrentners bin ich gern bereit. (Beifall.) Der Antrag Helfferich geht jedoch zu weit. Darüber müssen wir erst im Ausschuss beraten.

Abg. Weder (D. N.) und Abg. Stund (Dem.) treten für den Koalitionsantrag ein.

Abg. Braun-Kürnberg (Soz.): Da meine Partei unter allen Umständen die Tagesordnung durchsetzen will und besonders Wert auf die Beratung des Antrages über die Beschleunigung des Ausnahmezustandes in Bayern legt, verlege ich es mir, aus dem laufenden Thema des Zwischensalles innerhalb der Regierungsparteien einzutreten. Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Helfferich, der die Frage nur vom parteipolitischen Standpunkt aus betrachtet hat. (Sehr richtig!) Welchen Eindruck muß es in Brüssel machen, wenn wir offen davor stehen, daß die bestehenden Klassen keinen Zahlungswilligen haben. (Sehr gut.) Die Zwangsanleihe würde an der Wertpapierbörse in Banknoten eingewechselt werden kann.

Wir haben nichts gegen die Zwangsanleihe, aber sie kann das Notopfer nicht ersetzen. (Sehr richtig!) Wir wehren uns gegen die Verschleppung, ganz besonders angeht es die erst recht drohende Kapitalflucht. Ganz außer acht gelassen wird von den Koalitionsparteien die Wirkung auf die Arbeiter und Angestellten und Bauern, die es einfach nicht verstehen, daß ihnen schon längst die Steuer direkt vom künftigen Einkommen abgezogen wird, während die bestehenden Klassen die unter so unendlich viel besseren Lebensbedingungen leben, noch lange nicht bis an die Grenze ihrer Tragfähigkeit belastet sind und sich mit allen Kräften gegen eine solche Belastung wehren. (Beifall.) Diese Leute aber rechnen ihnen: „Ach, in dreißig Jahren müssen wir erst zahlen, bis dahin kann ich mit Hilfe der Orgel viel ändern.“ (Sehr richtig! links.)

Abg. Henke (U. S. P.)

In allen Staaten bietet sich gegenwärtig dasselbe Schauspiel. Die Bourgeoisie sucht die Lasten von sich abzumwälzen, die der Krieg verursacht hat. Das Schauspiel, das in diesen Tagen bei der Verabschiedung der beschleunigten Einführung des Notopfers gegeben wird, ist für die Arbeiterklasse ungeheuer beschwerend. Während die Bourgeoisie die Arbeiter zwingt, von ihren spärlichen Einkommen ungeheuer hohe Steuern zu zahlen, und die Arbeiter während in den letzten Jahren Kampf um das Dasein hineintreibt, während die Besten sich jeder Zahlung zu entziehen. Die Veranlagung der Besten zur Einkommensteuer erfolgt z. B. nach dem dreifachen Durchschnitt vor dem Jahre 1918. Die Arbeiter aber werden nach ihrem neuen Einkommenverhältnis veranlagt, sie müssen also das sechs- bis siebenfache dessen zahlen, was sie früher zu zahlen hatten. Vor der Heftigkeit und Energie, mit der Herr Helfferich dieses Gesetz beschleunigt, können wir nur einen Rat geben. Er ist das Mutter eines oppositionellen Politikers seiner Klasse und wir wollen nach Asien von ihm ablassen. Aber wir wollen lernen, den Kampf auf unsere

Seite gegen ihn und seine Freunde zu führen. Aber es ist doch ein Unterschied zwischen einem oppositionellen Politiker, der aus seinen Grundsätzen heraus oppositionelle Politik treibt, und einem Politiker, der während des Krieges selbst Finanzminister gewesen ist, eine so verbrecherische Politik betrieben hat, und dann die Stirn hat, hier Grundzüge zu verzeichnen, denen er nie entsprochen hat. (Sehr wahr! bei der U. S.) Einen solchen Mann muß man in der ganzen Welt mit der Palme suchen, denn ihn trifft die Schuld für die ungeheure Finanznot. Er, der sich heute als

## Kommis der Bourgeoisie

hier hinstellt (Munche rechts; Abg. Helfferich: Das verbitte ich mir!), er hat früher stets versichert, daß die Lasten der Kriegsschuldigen auferlegt werden. Jetzt rehet er ganz anders, wo wie die Schulden an den Rücken hängen haben, die die anderen tragen sollten. Er kann deshalb die Lasten nicht aus der Welt schaffen, daß er und seine politischen Freunde die schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse sind.

Die Einkünfte für die kleinen Rentner ist heuchelisch.

Es fällt meinen Freunden nicht leicht, für diese Vorlage zu stimmen, umso mehr als sie Verwässerungen gegenüber dem früheren Gesetz aufweist, die den Besten zugute kommen. Aber es handelt sich jetzt darum, mit Häkeln und Fäden aus den Taschen und Kresseln der Besten herauszuholen, was zu holen ist. Den Bestand dazu können wir nicht verlangen. Das können wir umso weniger, als Herr Helfferich sich durchaus klar ist über die Wirkung seines Widerstandes. Er hat neulich erst in der „Deutschen Tageszeitung“ gemeint, die heutige deutsche Finanzwirtschaft führt geradezu geraden Weges in den Bolschewismus hinein; dieser verhängnisvolle Weg ist in der nachrevolutionären Finanzpolitik in einer geradezu fröhlichen Leichtigkeit betreten worden. Das sagt er, der leichtfertige Finanzminister, den es je gegeben hat, und er glaubt, daß jetzt die Zeit gekommen ist, um die Besten noch mehr zu schonen, als es bisher schon geschah, und die nachrevolutionäre Finanzpolitik beseitigen zu können. Daß die deutsche Bourgeoisie über solche Männer wie Herr Helfferich verfügt, mag sie mit einiger Zufriedenheit erfüllen.

Für die Masse des Volkes ist es das größte Unglück.

Denn die wendet heute alles mögliche auf, um Einkommen und Vermögen der Besten zu entziehen. Wenn es der Bourgeoisie ernst wäre um das Steuerzahlen, dann würde sie es trotz des Widerstandes der Bureaucratie tun. Aber das will sie nicht und sie will auch diese Vorlage dazu benutzen, um sich in noch größerem Maße als bisher auch für die Zukunft gegen die Ansprüche an ihren Geldbeutel zu sichern. Das ist der Sinn des Kampfes, in dem Herr Helfferich und die Deutschnationalen die Führung haben, in dem sie aber unterstützt werden von der gesamten Bourgeoisie. (Beifall bei der U. S.)

Nach einer anmahenden, oft unterbrochenen Antwort Helfferichs und einigen unwesentlichen Bemerkungen des Volksparteiern Redner, schloß die Debatte. Die Abstimmung ergab die Ablehnung der deutschnationalen Anträge und die Annahme des Antrages der Koalitionsparteien in zweiter und dritter Lesung. In der zweiten Lesung stimmten auch die Kommunisten für das Gesetz, in der dritten Lesung aber blieben sie sitzen. Weshalb sie das taten, weiß wohl niemand von ihnen, denn sie hatten nicht einmal in der Debatte ihre Stellungnahme zu dieser Vorlage dargelegt.

Nun sollte die Beratung der unabhängigen Anträge, auf Aufhebung der bayerischen Verordnung über den Belagerungszustand in Bayern und der Aufnahme der Beziehungen zu Rußland, erfolgen. Der Abgeordnete Reich von der bayerischen Volkspartei beantragte aber Aufhebung dieser beiden Gegenstände von der Tagesordnung. Ihm entgegenetzte Genosse Ledebour mit dem Hinweis, daß dem Reichsausschuß die Beratung dieser Anträge, von denen der eine seit mehr als einem Monat vorliege, von allen Parteien zu gelagert sei. Das Verlangen des Abgeordneten Reich sei ein Bruch von Treu und Glauben. Bevor der Präsident abstimmen lassen konnte, bezweifelte der Abgeordnete Reich die Beschlußfähigkeit des Hauses, die nur besteht, wenn mehr als die Hälfte der Abgeordneten anwesend ist.

Flüchtig verließ ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten den Saal, kam aber sofort zurück, als die Unabhängigen Fraktion den Antrag auf namentliche Abstimmung stellte, der auch von den Rechtssozialisten unterstützt wurde. Die Frucht, 50 Wähler einzuweisen, hatte alle politischen Grundzüge bei diesen Herren ins Wanken gebracht. Ueber die Beschäftigung der Beschlußfähigkeit gibt es aber nur Komensausruf. Er ergab die Anwesenheit von nur 174 Abgeordneten.

Daraufhin beramte der Präsident Vöhs die nächste Sitzung auf Dienstag, den 19. Januar, nachmittags 2 Uhr, an.

## Der Bergbau und die Bergarbeiter

### Jahrbuch für 1919

Der Verband der Bergarbeiter hat kürzlich ein umfangreiches Jahrbuch herausgegeben, das eine allgemeine Uebersicht über die den Bergbau berührenden Fragen des Jahres 1919 gibt.

Im ersten Teil wird auf die ungeheuren Lasten hingewiesen, die Deutschland, vor allem im Bergbau, zu tragen hat. Trotz aller Schwierigkeiten sei es den Führern des Verbandes gelungen, ein kameradschaftliches Zusammenarbeiten mit der großen Mehrheit der Bergarbeiter zu erzielen. Es wird immer wieder auf die Einigkeit der Arbeiter hingewiesen, die allein die Macht hat, jeden Widerstand gegen gerechte Forderungen zu überwinden. Ferner sei es gelungen, Arbeitskammern einzurichten, wie überhaupt in der sozialen Gesetzgebung Deutschland „anderen Völkern voraus“ sei — eine allerdings etwas lächerliche Behauptung.

Der Abschnitt über die Produktion gibt eine Uebersicht über die Gesamterzeugung an Steinkohlen, Koks, Braun-, Kohlen und Braunkohlenbriketts der Jahre 1913 bis 1919. Danach ist die Steinkohlenförderung um 38,0 p. H. die Koksproduktion um 88,8, die Braunkohlenförderung um 34 im Jahre 1919 gegenüber dem Jahre 1913 zurückgegangen; dagegen ist die Braunkohlenförderung um 84 p. H. gestiegen. Das ist zwar kein Ausgleich für den Rückgang der Steinkohlenförderung, jedoch ist hierbei der Anstieg der Koks- und Braunkohlen- und Schlack-Produktion zu berücksichtigen, die überhaupt der deutschen Eisenindustrie durch den Verlust von Schlack-Produkten wichtige Rohstoffverluste verloren gegangen sind. Deutschland hatte im Jahre 1913 326 Eisenwerke, wovon 34 allein auf Schlack-Produktion entfielen.

Aus der Tabelle über die Arbeitsleistung geht hervor, daß im Jahre 1918 im Ruhrrevier die arbeitsmäßige Förderung 379 700 Tonnen betrug, dagegen 289 600 Tonnen im Jahre 1919. Das ist eine arbeitsmäßige Leistung des einzelnen Bergarbeiters von 0,572 Tonnen im Jahre 1913 gegenüber einer solchen von 0,572 im Jahre 1919. Der Rückgang ist vor allem auf die Kriegserfolge, mangelnde Ernährung und andere Umstände zurückzuführen. Auf diese Ursachen geht das Jahrbuch noch im besonderen ein.

Es zeigt dann weiter, daß im Gegenlag zu der Spaltung der Arbeiterklasse die Unternehmer durch Zusammenfassung verschiedener Organisationen eine Einheitsfront hergestellt haben.

Aus den Zahlen über die Entwicklung des Verbandes ist zu entnehmen, daß der Verband trotz der Schwierigkeiten wächst. So betrug die Mitgliederzahl im 4. Quartal 1918 326 747 (davon 1786 weibliche), im gleichen Quartal 1919 436 527 (3755) Mitglieder. Auch der Vermögensbestand zeigt einen gleichem erfreulichen Anstieg.

Weitere Kapitel behandeln die Verwaltungsarbeit und Agitation des Verbandes, ferner die geführten Lohnbewegungen, Streiks und Tarifverhandlungen. Im Berichtsjahre ist es gelungen, wertvolle Tarifverträge für die Bergarbeiter abzuschließen. Am Schluß berichten noch die einzelnen Bezirksleiter über ihre Arbeiten in den verschiedenen Revieren.

Das statistische Material des Jahrbuches ist im Ganzen sehr wertvoll.

## Das Feuerbestattungsgesetz

Wir besitzen schon lange ein Gesetz gegen die Feuerbestattung. In diesem altpreussischen Konstrukt erkennt man die Feuerbestattung zwar an, nur wird einem die Gedächtnis mit königlicher Landratsmoral verwehrt. Im September 1919 hat das Ministerium des Innern einen Entwurf ausgearbeitet und diesen dem Staatsministerium überreicht. In diesem Entwurf waren die ärgsten Uebelstände beseitigt worden, und die Landesversammlung hätte ihm höchstwahrscheinlich zugestimmt, da auch viele bürgerliche Abgeordnete Anhänger der Feuerbestattung sind. Das Zentrum wollte es anders. Bald wurden die Wahlen, bald die verschiedenen Abstimmungen in den Grenzgebieten dagegen ins Feld geführt. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Gumpert (Dem.) antwortete jetzt das Staatsministerium unterm 17. November das Folgende:

Der Präsident des Staatsministeriums

St. N. I 8300 II

Berlin, den 17. November 1920.

An den Herrn Präsidenten der verfassunggebenden Preussischen Landesversammlung.

Bereits auf die den gleichen Gegenstand betreffende kleine Anfrage Nr. 368 des Abgeordneten Koloph Hoffmann hat sich die Staatsregierung in der Sitzung der Landesversammlung vom 23. Januar d. J. dahin geäußert, daß sie das Feuerbestattungsgesetz nicht als ein Gesetz, das seinen Aufschub erduldet, im Sinne des § 1 Abs. 2 des Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen vom 20. März 1919 betrachte.

Infolgedessen ist der Entwurf einer Novelle zum Feuerbestattungsgesetz der Landesversammlung nicht vorgelegt worden. Die Staatsregierung geht nicht auf diesen Standpunkt für die letzten Wochen der Tagung der Landesversammlung zu verlassen, da der Beratungskreis für den Rest der Tagung längst fest umgrenzt ist und ein Hinausgehen über diesen Rahmen nur Schwierigkeiten schaffen würde.

In Betreffung Gähre.

Nach dieser etwas dreifachen Antwort wird sich ein sehr energischer Vorstoß aller Abgeordneten, die Anhänger der Feuerbestattung sind, in der Landesversammlung empfehlen. Hierbei muß dann den Radern und Schiebern kräftig ins Gesicht gelehrt werden.

## Aus der Wirtschaft

### Das Ende des Manchesterliberalismus

Um die Krise in der englischen Farbstoffindustrie zu mildern, hat die englische Regierung dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Präsidenten des Handelsamts ermächtigt, auf die Dauer von zehn Jahren die Einfuhr fremder Farben an eine besondere Genehmigung zu knüpfen, die von einer dem Handelsamt unterstellten Kommission aus zehn Mitgliedern erteilt werden soll; die Kommission wird von einem unabhängigen Vorsitzenden geleitet, ihre Mitglieder sind Vertreter der Konsumenten und der Farbstoffindustrie, wobei die Verbrauchervertreter die Mehrheit haben. Das Unterhaus hat diesen Gesetzentwurf, der eine weitere Beschränkung des Freihandelsprinzips bedeutet, mit 277 gegen 72 Stimmen angenommen.

### Das österreichische Geld

Das Alpenland Oesterreich kann selbst bei guten Friedensverträgen nur einen sehr kleinen Teil seines Getreidebedarfs aus der eigenen Ernte bestreiten. Durch die Annahme eines griechisch-sozialen Antrages, der die staatliche Erzeugung des Getreides fast völlig beseitigt, hat die inländische Getreideablieferung zum Bedauern auf dem Nullpunkt angelangt und der Bedarf muß fast gänzlich aus dem Ausland gedeckt werden. Da aber die Regierung, um die Lebenshaltung der breiten Massen nicht noch mehr zu verheeren, die ausländischen Getreideprodukte zu den inländischen Höchstpreisen abgibt, muß sie Zuschüsse leisten, die bei der wachsenden Entwertung des Geldes aus Unantastlichem gemessen. Die Kursverluste, die im Voranschlag des Staatshaushalts auf 8,9 Milliarden Kronen veranschlagt worden waren, sind bereits auf über 13 Milliarden Kronen gestiegen, das Defizit des Staatshaushalts auf 25 Milliarden. Die Staatsschulden belaufen sich auf 60 Milliarden, so daß auf den Kopf jedes Einwohners eine Schuldenlast von 10 000 Kronen kommt. Der Umlauf an deutschösterreichischen Noten wird am Jahresschluß 31 bis 32 Milliarden Kronen betragen. Dabei ist aber zu bedenken, daß Oesterreich ein Ländchen von 6 Millionen Einwohnern ist.

Die Regierung will den Staatshaushalt außer durch das auch in Deutschland seitdem erprobte Mittel der Notenpresse durch eine langfristige innere Anleihe, die von den Ententemächten garantiert werden soll, ins Gleichgewicht bringen ferner durch Staatsmonopole für Zucker, Spiritus und Mineralprodukte. Die Gütertarife um 50 Prozent erhöht, jedoch soll eine Versteuerung der wichtigsten Lebensmittel dadurch nicht eintreten.

Die österreichischen Zustände sind ein warnendes Menetekel für Deutschland. Auch die Entwicklung unserer Staatsfinanzen treibt dahin, wo heute Oesterreich bereits steht, und hier wie dort glaubt die bürgerliche Regierung durch die Notenpresse und durch kleine Mittelchen das Unheil abzuwehren zu können, gegen das es nur ein Heilmittel gibt: schärfste Kapitalbesteuerung, verbunden mit Sozialisierung der wichtigsten Industriezweige.

Günstiger Stand der Zuckerverzeugung. In Deutschland wurden in den Monaten September und Oktober insgesamt 2,37 (im vorigen Jahre 1,63) Millionen Tonnen Rüben verarbeitet und 1,16 (0,93) Millionen Tonnen Verbrauchs- und 3,44 (1,62) Millionen Rohzucker gewonnen. Auch aus allen übrigen Ländern werden günstige Produktionsziffern gemeldet. Aber die dreiten Rassen werden vom Zuckerüberschuß ebenso wenig verspüren wie von der „Ueberproduktion“ an Baumwolle, Rohseifen und anderen Bedarfsartikeln.

### Weitere Ausdehnung der Schwereisenstrasse

Der Sinesse-Trust schreitet planmäßig den Weg zum Ziele, das er sich gesteckt hat, vorwärts: zur Bildung eines prächtigen wirtschaftlichen Herzogtums in der Republik Deutschland. Augenblicklich ist wieder eine Millionenanleihe im Gange, die mit der Auslösung eines großen Montanunternehmens durch den Volppen Sinesse enden wird: Die Braunschweigischen Kohlenwerke in Helmstedt waren bisher im Besitz der Commerzbank, die von den 17 Millionen Mark Aktien 10 Millionen in ihrem Vorkauf hatte. Diesen Aktienposten hat sie nun an die Diskontgesellschaft verkauft, und zwar zu einem Preise von 40 bis 50 Millionen Mark. Die Diskontgesellschaft spielt natürlich nur den Vermittler, der endgültige Käufer wird die Rhein-Eisenwerke des Herrn Sinesse sein. — In einem weiteren Montanunternehmen, in den Riesböcken Montanwerken, ist Herr Sinesse kürzlich zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt worden.

Auch der Phönix „verleitet seine Kohlengrublinge“. Er verhandelt mit der Zeche „Zollverein“ zwecks Anschlusses einer Interessengemeinschaft. Es soll ein Vorkauf auf 25 Jahre geschlossen werden und der „Phönix“ wird zu diesem Zweck sein Aktienkapital, das gegenwärtig 106 Millionen Mark beträgt, um 4 bis 5 erhöhen. — Die Zeche „Zollverein“ gehört zum Besitz der Familie Hanisch, deren Stammburg bekanntlich die Guldohrgrube Nr. 11, und ist eine der größten und besten Kohlenzechen des Ruhrreviers.

Erhöhte Steuereinnahmen in Frankreich. Die französische Steuereinnahme im November weist eine Erhöhung von 80 Millionen gegenüber November 1919 und eine Mindereinnahme von 92 Millionen gegenüber dem Budgetvoranschlag auf. Die Steuereinnahme in den elf Monaten 1920 zeigt eine Erhöhung von drei Milliarden gegenüber demselben Verlaufe 1919 und eine Mindereinnahme von 1 Milliarden 700 Millionen gegenüber dem Budgetvoranschlag.



### Zwangseinquartierung in — Mansardenwohnungen

Von Prof. Dr. med. Fleisch, Frankfurt a. M.

Die Wohnungsnot in den Städten hat dazu geführt, daß die Behörden, um der dringenden Not zu begegnen, die Mansarden der Mietkasernen mit Beschlag belegten, um nach ihrer bestmöglichen Umgestaltung zu Wohnzwecken ganze Familien unterzubringen. Der Mietpreis wird von der Behörde so festgesetzt, daß er erst in einer sehr langen Frist — etwa 15 Jahren — die Ausgabe amortisiert. Wühin rechnet man, daß das Provisorium mindestens auf eine so lange Dauer bestehen wird, daß nunmehr viele Menschen in Wohnungen gesetzt werden, deren Benutzung vor dem Kriege als absolut unzulässig erachtet war.

Man braucht, um das Befehle der Dachwohnungen als kleine Wohnstätte darzustellen, nicht auf frühere Untersuchungen zurückzugreifen. Es war einmal, daß man für Berlin feststellte, daß die Sterblichkeit schon im 4. Obergeschosse eine größere war als in den Kellerwohnungen. Ausschlaggebend sollte dafür die größere Sterblichkeit an Herzkrankheiten gewesen sein, auf die das Treppensteigen ungünstig wirkte. Ob das zutrifft oder nicht, dahingestellt bleiben. Wichtig unter den heutigen Verhältnissen ist, daß die Belegung der Mansarden zu Wohnzwecken mehreren Richtungen zu einer, unzweifelhaft hygienisch nicht gewünschten Steigerung der Wohnungsdichte Anlaß gibt. Es werden die Hausangestellten (Dienstmädchen usw.), die vorher nur nachts in den danach bei Tage zur Lüftung freistehenden Mansarden wohnten, in die Familienwohnung eingezwängt. In den Mansarden selbst aber leben künftig unter mangelhaften Lüftungs- und Heizungsverhältnissen ganze Familien Tag und Nacht.

Die Enge der Proletarierwohnung erstreckt sich jetzt also auf die Gemeinschaft der nicht vom alten Kapitalisten- und neuen Schiebertum besetzten Häuser. Letztere dieselben verschont, weil es nicht für richtig gefunden wird, die Zwangseinquartierung der oberschichten Landeseingesessenen in das Innere der geheiligten Wohnung gelangen zu lassen. Das wird erst zulässig, wenn es gilt, Soldaten der Entente unterzubringen!

Vom Standpunkt der Hygiene muß aufs dringendste verlangt werden, daß so schnell als möglich durch alle Mittel dahin gewirkt wird, anders gegen die Wohnungsnot vorzugehen als auf dem bisherigen Wege der Schaffung schlechterer Provisorien. Ausschlaggebend für die Gesundheit der Bevölkerung ist die Erreichbarkeit der Wohnungen. Vor allem müßte untersucht werden, ob es wirklich nötig ist, immer neue Büroräume zu schaffen, für die tagtäglich ganze Paläste, Hotels und Kaufhäuser zugunsten einer wachsenden Beamtenzahl okkupiert werden. Man müßte wirklich nicht, was man dazu sagen soll, daß der kleinste Büroraum ein Amtszimmer für sich allein hat, wozu ein Lehrer mit fünfköpfiger Familie auch noch die Hausangestellte in seine kleine vierzimmerige Wohnung verstoßen muß und nun mit zwei Kindern sein Arbeitszimmer zu teilen hat.

Neubauten und Siedlungen sollten auf alle Art gefördert werden. Vor allem aber sollte nach Möglichkeit der Zugang nach den Städten eingeschränkt werden. Das sind allgemein anerkannte Forderungen. Sie können vom Standpunkte des Hygienikers nicht überhört genug unterstützt werden.

### Der Skulptanz

Von Eric Main.

Die folgende Geste auf Indianergeschichten fand im „Kaiser“ statt. Wir geben sie in der Uebersetzung von Alfred Bogis nach der „Auslandspost“ wieder.

Wenn Sie darauf bestehen, lieber Leser, zu erfahren, warum dieser große junge Mann mit dem abschließlichen Haarwuchs ganz allein und zu einer solchen Stunde sich in dieser Prairie des fernsten Westens befand, so werde ich es Ihnen sagen, weil ich ohnehin dazu da bin.

Berechnen Sie also, daß dieser junge Mann für ein Haus in Haarwuchsartikeln reiste und daß er vor Antritt einer Fahrt von Concord nach Milwaukee — wie ich meine, gesittetlich — verabschiedet hatte, sich eine Fahrkarte zu besorgen. Der Kontrolleur hatte dies unterwegs bemerkt, hatte augenblicklich den Zug halten lassen und auf die liebenswürdigste Weise von der West den Reisenden gebeten, anzusteigen. Und weil draußen eine unwahrscheinlich schwarze Nacht war, hatte der verbindliche Beamte die Höflichkeit sogar soweit getrieben, selbst die Tür zu öffnen, ihm die Hand zu geben und ihm seine Handtasche beim Hinuntersteigen die Hand zu geben und ihm seine Handtasche

### Ismer und Emilie

Erzählung von Julius Levin.

Als es hieß, es würde Krieg geben, wußte Ismer nicht recht, was er eigentlich damit anfangen sollte.

„Dolle Sache!“ meinte er zu sich selbst, indem er seine Arbeit unterbrach, die er am letzten freien Sonntag vor der Mobilmachung noch aus alter Gewohnheit verrichtete. Er legte das Panzerbrett, das beinahe fertig war, beiseite, und schaute sich nach seiner Frau Emilie um, die vor dem Spiegel ihren Hut aufsetzte.

Emilie, eine frische Blondine, ordnete sich sorgfältig den Teil des Haars, der über die linke Stirnseite mehr hinuntergebrückt, als natürlich gefallen war. Ismer fragte etwas mechanisch: „Wo gehst du hin?“ Emilie antwortete, ohne die Stimme zu erheben: „In die Kirche!“

„Soll ich mitkommen?“ fragte Ismer mit leicht vor sich hinziehendem Lächeln und freute sich, als es ihm gelang, eine kleine Verlegenheit bei Emilie hervorzurufen, die erst nach kurzem Zögern erwiderte: „Weinetwegen! Aber du glaubst ja doch nicht daran.“

„Über du glaubst daran“, dachte sich Ismer, ohne irgend wie zu zeigen, daß ihn die Sache berührte. Und in seinem Innern machte bald sein Ärger, der mit einer leicht über Knabenhafte Gesicht hinziehenden Eröffnung verschwand, der verschwiegenen Bewunderung vor Emilies Schlaueit Platz.

Daß Emilie gar nicht oder nur zum Schein in die Kirche gehen würde, wußte Ismer ganz genau.

Über welchen Zweck hätte es gehabt, sie zu hören? Ismer hatte sich Seelenruhe zur Pflicht gemacht und um so mehr, als sie ihm eigentlich das Natürlichste in seiner Lage erschien. Sie war im Grunde das, was ihn vorläufig reizete. Sie hatte sich langsam in ihm ausgebildet, wie zuerst fast jede auch bössartige Gewohnheit. Nun als er sah, wie er sich dachte, doch gewisse Maßregeln ergreifen müßte, da war es zu spät. Er trug die Seelenruhe immer

und seine drei Musterkarten herunterzureißen. Dann hatte er mit jener ausgewählten Höflichkeit, die unsere französischen Schaffner längst nicht immer kennen, ihm noch gewünscht, die Nacht gut zu verbringen.

Neheere Stunden lang irrte der junge Mann auf der Suche nach einem Nachlager, einem Obdach in der Nacht umher. Aber er befand sich mehr als hundert Meilen von jeder menschlichen Behausung entfernt. Schließlich, als er alle Hoffnung aufgegeben hatte, die Nacht in einem Bette beendigen zu können, legte er sich auf seinen Murrettler-Pelz und schnarchte bald wie diese Fellträger.

Plötzlich wurde er durch einen langen Pfiff aus seinem Schlafe geweckt. Als er die Ohren spitzte, vernahm er ein Geräusch wie von raschfliegenden Blättern. Und der bloße Gedanke, daß das eine Schlange sein könnte, brachte ihn mit einem Satz auf die Beine. Zu spät. Er war schon eingeschümeit wie eine Cinnamonlatte. Der Lasso, von sicherer Hand geworfen, hatte seine Pflanz gestan.

Dann vernahm er in seinem Rücken Hohngeflächter. Es war Maulwurfsauge, die schreckliche Rothaut, mit dem so durchdringenden Blick, den sie nur auf den Boden zu richten brauchte, um mehrere Meilen weit entfernt den Schritt eines Bisons von dem eines Marienkäfers unterscheiden zu können.

„Meiner Treu, ich habe Sie ansangs für einen Damhirsch gehalten“, gestand die Rothaut lachend. „Um so schlimmer, ich habe Sie und nehme Sie mit...“

„... und ich nehme Sie mit!“ entgegnete lebhaft der junge Mann, der fähiglich darauf bedacht war, das letzte Wort zu behalten.

Und so wandten sie sich, wobei einer den anderen führte, zum Zelte des Großen Häuptlings.

Auf der Schwelle seines Wigwams raucht der Urenkel des letzten Mohikaners — und seine Lippe hängt vor Enttäuschung herab — die Friedenspfeife. Seit einiger Zeit ist tatsächlich kein Stamm Spielball einer Partei, die sich jedesmal systematisch weigert, die notwendigen Kredite zu bewilligen, wenn es sich darum handelt, Tomahawks anzukaufen oder die Feuersteine der Flinten zu erneuern. Der junge Häuptling aber kann seine kriegerische Begierde nicht zähmen. Maßlos überfüllt mit den Berichten von den Grothaten seiner erlauchten Vorfahren, um ihre Heldentaten sie beneidend, die er auswendig weiß, weil er sie in den Gesamtausgaben der Werke von Fenimore Cooper und Karl May gelesen und immer wieder gelesen hat, träumt er von nichts als von Kämpfen und Trophäen.

Als die fortschrittliche Partei hat ihn gezwungen, sich von seinen Waffen zu trennen. Nur sein Messer zum Kontervendbüchsen-Geschichten, das ihm am Gürtel hängt, hat man ihm gelassen, und jenen länglichen Karabiner, mit dessen Hilfe er noch einmal seine düsteren Ideen fortsetzen kann.

Als einziger vom ganzen Stamm ist ihm Maulwurfsauge trenn geblieben. Sie zwei bilden die militärische Partei. Und in seinem Zelt erzählen sie sich des Abends mit gedämpfter Stimme Geschichten, daß ihnen die Federn auf dem Kopfe zu Berge stehen, Geschichten, in denen von nichts als von Tomahawks, Totem, Stalp und Kriegspfad die Rede ist.

So kann man sich den Ausdruck männlichen Stolzes vorstellen, der die Jüge des tapferen Maulwurfsauge erfüllte, als er seinen Gesangenen dem Urenkel des letzten Mohikaners präsentierte.

Als er den blonden jungen Mann und seinen dichten Haarwuchs sah, konnte der Große Häuptling ein triumphierendes Lächeln nicht verbergen.

Während einer Handbewegung ließ er den jungen Mann näher treten.

„Bruder Blaggefiht, sage mir, welches dein Name ist.“

„Mit Vergnügen, ich heiße Benedikt!“

„Dein Beruf?“

„Handlungsreisender. Ich verrete ein geschäftlich geschütztes Haarwasser.“

„Bei deinem Leidentelnt hätte ich auch zwanzig Wiberhäute gewettet, daß du nicht in Eisenpillen reißest. Nun denn, kühner junger Mann, weißt du, inmitten welchen Stammes du dich gewagt hast?“

„Ich weiß es nicht.“

„Mein Mund wird es dich lehren. Wisse also, daß das Verhängnis dich zu den schrecklichen Stalpjägern geführt hat. Du kennst somit das Geschick, das über dich verhängt ist.“

Indem er so sein Verhör abschloß, zog der Mohikaner ohne weitere große Höflichkeit sein Stalpiermesser hervor, ergriff den jungen Mann bei seinen Loden und erledigte ihn mit fünfmaligen Anstichen des Messers seiner üppigen Tolle.

Dann schwang er durch die Lüfte seine glorreiche Trophäe und rief dreimal den Namen Manitous an. Danach begann er vor seiner Zelte einer diesen Skulptanz aufzuführen, wie Sie und ich

weiter, auch dann, als seine Schwägerin Marie, Witwe eines durch Verhüttung zu Tode gekommenen Erarbeiters und mäßig beschäftigte Walschfrau aus der Fiegelstraße, ihm auf den Kopf zu behauptete, daß seine Ehefrau Emilie ihn betrog. Selbst die entwürdigende Form, in die Marie ihre Behauptung kleidete: „Emilie behandelt dir als Kacke“, konnte keinen wesentlichen Eindruck auf ihn machen. Ismer drehte nur leicht an seinem blonden Schnurrbart, den er etwas gekürzt trug, rieb sich mit dem rechten Daumen an seinem Nasenloche, warf Marie einen prüfenden kurzen Blick zu und lächelte dann leise vor sich hin, ohne seine Arbeit zu unterbrechen. Das war so Oktober 1913 gewesen, etwa so um die Fiechzeit herum. Oktober 1912 hätte Ismer sicherlich nicht bloß Emilie, sondern auch Marie den Schädel eingeschlagen.

Im März 1913 schon was Ismer selbst völlig davon überzeugt, daß Emilie hinter die Schule lief.

Wohin? wußte Ismer nicht, und selbst die genaueste Beobachtung, freilich soweit seine Arbeit sie ihm gestattete, hatte ihn nichts lehren können. Emilie war unbesungen, wie ein Kind. Ismers Blide, die um so geschäftiger waren, als er sie glaubte verbergen zu müssen, fanden keinen Anknüpfungspunkt.

Ueberlegte Ismer recht und ließ er sich genug Zeit, um sich zu der Ansicht für berechtigt zu halten, daß er gut überlegte, so mußte „es“ der „Frische“ vom „Kaufmann“ an der Ecke sein. Der junge Mann, der sich den Schnurrbart über die aufgeworfenen Lippen hoch, das kastanienbraune Haar aber tief in die Stirne gekämmt hielt, und aus etwas verträumten wasserblauen Augen in die Welt sah, hatte noch überdies einen zwar etwas leßigen, aber nicht seelenlosen Ton in der Stimme, mit dessen Hilfe er es verstand, oft ein halbes Pfund mehr von einer Ware aufzuschmeißeln, als von der Herrschaft bestimmt war, und alle diese und noch einige andere ein vortreffliches Neuhere zusammensetzenden Einzelheiten hatten ihn zu einem Schrecken für die mit dem Wochenlohn rechnenden besseren Hausfrauen und für die Ehemänner einfacherer Stände gemacht, die ihren Ehehälfien ein nur abgeschwächtes Vertrauen entgegenbrachten. Der „Frische“ konnte sehr wohl

sie zu leben in unserer jämmerlichen und prosaischen Existenz nicht häufig Gelegenheit haben.

Maulwurfsauge machte angeichts dieses Schauspiels, das er zum ersten Male genoh. Augen so groß wie das Rückenbild einer Riesen-Schildkröte. Da er um sich ausschaute nach einem, der seinen Entschluß teilen möchte, traf sein Blick auf niemanden als den blaffen Reisenden, der jetzt noch blaffer war als zuvor.

„He, was sagen Sie dazu, Sie da?“ fragte ihn die Rothaut. „He? Ist er nicht wunderbar schön, dieser Ledentanz?“

„Aber der andere, der verbittert überlegte, daß er in Zukunft nur mehr Enthaarungsmittel verreteten könne, und nicht mehr seine Haarmitellirma, stierte Maulwurfsauge an, zuckte die Schultern und ließ dann diese Worte fallen:

„Sie wünschen meine Ansicht? Frei herausgesagt... ich habe den Tango ebenso gern.“

„Tango? Beim Großen Geist, was ist das?“

„Warde bei uns vor dem Kriege geant?“

„Vor dem Kriege? Vor jedem Kriege? Der Kriegstanz der Blaggefihter?“ Maulwurfsauge stießen die Fragen aus dem Munde wie die Eberzähne von einer zerrissenen Schnur. Er ahnte Möglichkeiten einer Wiederbelebung, einer Erleuchtung des kriegerischen Geistes bei seinem Stamm. Das Blaggefiht engagierte! — Der Gedanke sprang ihm wie ein Pfeil von der angesonnenen Bogenlehre seines staatsmännlichen Denkens. In den Musterkarten hatte er etwas wie Medizinläser leise klirren hören. Im Etat war zudem die Stelle des Medizinmannes wohl als vakant zu betrachten; der letzte war von Stammeswegen auf eine Universtität im Osten geschickt worden, um als Doktor wiedergutzuhren, war aber ausgeblieben und sollte sein Schick — so hatte Maulwurfsauge vernommen — längst an einem Stadthause aufgehängt haben. Der große Denker malte begeistert mit dem Schut, der in einem Marktbasar gekauft und längst ausgefrant war, wie ein Molassin, kriegerisch-chorographische Figuren in den Sand.

Des letzten Mohikaners letzter Entel spürte die tiefe Teilnahmslosigkeit seines Auditoriums und endigte mit einem wie immer in allen Lederstrumpfgeschichten gut angebrachten Jugel, das er akhmatisch vor lauter Enttäuschung durch die schmalen Lippen pfiff.

Es wehte kalt wie aus den ewigen Jagdgebilden her. Der Kietende knote aus seinem karierten Schnupstuch sich eine Nüße und zog sie sich über den kalten Schädel.

Maulwurfsauge lästerte, der einzige Staatsmann seines Stammes, mit keinem Häuptling, und der schien bald überredet.

Der Reisende aber wies das Ansuchen sowohl, einmal Probe zu tanzen, wie auch die Offerte, ein Engagement als Medizinmann anzunehmen, zurück. Die Jähkräftigkeit und der Einfluß der kriegerischen Fraktion schienen ihm gleich unzulänglich, so daß er auch schon in seinen Gedanken von einem Schadenersatzprozeß Abstand genommen hatte.

Wo Profti nicht mehr möglich war, schien ihm Raue berechtigt. Er dachte an den Alkoholgehalt seiner Warenmuster. Er offerierte die Flaschen als Feuerwasser, das seit der Trodenlegung Americas die Rothäute überhaupt nicht mehr zu Geschmack bekommen hatten. Der Reisende wußte von der verheerenden, wie ein Prärienbrand verheerenden Nachwirkung seiner Chemikalien. Zurückhaltend und mit gemessenem Dank akzeptierten die Rothäute...

Die Morgensterne sah sie, steif wie Kanus in zehn Meilen Entfernung vom Missouri, am verlassenen Feuer liegen. hörte sie wie Bisons röheln und sah und hörte den um sein nutzloses Gepäd und seine Haarlast erleichterten Commis voyagour sich banonmachen, hohnlachend über das grauenhafte Erwachen seiner Wirte. Und die vier Zispel seiner provisorischen Kopfbedeckung flatterten wie die Hausfegen am neuen Gemelch des Eises, der an den schlafenden Jägern vorbeizieht, die ausgezogen waren, ihn zu erjagen.

Die Morgensterne sah sie, steif wie Kanus in zehn Meilen Entfernung vom Missouri, am verlassenen Feuer liegen. hörte sie wie Bisons röheln und sah und hörte den um sein nutzloses Gepäd und seine Haarlast erleichterten Commis voyagour sich banonmachen, hohnlachend über das grauenhafte Erwachen seiner Wirte. Und die vier Zispel seiner provisorischen Kopfbedeckung flatterten wie die Hausfegen am neuen Gemelch des Eises, der an den schlafenden Jägern vorbeizieht, die ausgezogen waren, ihn zu erjagen.

Die Morgensterne sah sie, steif wie Kanus in zehn Meilen Entfernung vom Missouri, am verlassenen Feuer liegen. hörte sie wie Bisons röheln und sah und hörte den um sein nutzloses Gepäd und seine Haarlast erleichterten Commis voyagour sich banonmachen, hohnlachend über das grauenhafte Erwachen seiner Wirte. Und die vier Zispel seiner provisorischen Kopfbedeckung flatterten wie die Hausfegen am neuen Gemelch des Eises, der an den schlafenden Jägern vorbeizieht, die ausgezogen waren, ihn zu erjagen.

### Instruktionsstunde in der Republik

Feldwebel: „Was brauchen wir, um siegreich die Schlacht zu gewinnen?“

Rekrut: „Munition!“

Feldwebel: „Schafstopp. Munitionsarbeiter; denn sie werden sprengen sich selbst. Was noch?“

Rekrut: „Die Großwaffe.“

Feldwebel: „Heil! — Eine proletarische Versammlung, denn da schlagen sich die Revolutionäre selbst die Schädel ein. — Was haben wir noch zu tun?“

Rekrut: „Auf der Hut zu sein.“

Feldwebel: „Dummstopp! Pächeln darauf acht zu geben, daß die Selbstzerfleischung dem Staate keine Kosten verursacht und uns keine Arbeit.“

Margarete Behrendt

auf eine Frau wie Emilie Eindruck machen. Ismer hatte mehrfach an ihr bemerkt gehabt, daß sie für den Arbeiter wenig übrig hatte und für Vertreter höherer Stände schwärmte. Sie hatte sogar einmal die Unvorsichtigkeit gehabt, ihm zu sagen, der Kassenarzt, den sie wegen ihrer Fleischsucht gefragt hatte, wäre doch ein ganz anderer Mann. Natürlich anderer als er, Ismer.

Zuerst, als Ismer sein Verdacht aufgestiegen war, hatte er Emilie totschlagen wollen, ohne daß es ihn interessierte, mit wem sie ihn hinterging. Aber seine Wut war schneller verblaßt, als er selbst es für möglich gehalten hätte. Und er glaubte, es sich doch wenigstens schuldig zu sein, herauszubekommen, wer sein glücklicher Nebenbuhler war. Denn erst dann wurde doch die Sache wirklich klar.

Er ergriff denn auch jede Gelegenheit, und schickte es ihm daran, so schuf er sich eine, zu fragen, ob der Zucker wieder billiger, oder die Leblension beim Kaufmann aufmerksamer und schneller geworden wäre. Emilie klagte dann meist über die Feuerung, sprach sich indes über die Organisation beim Kaufmann lobend aus. Man würde dort schnell abgefertigt, und deshalb ginge sie hin. Das sagte sie auch dann, wenn sie nachgewiesenermaßen die vierfache Zeit von der gebraucht hatte, die eigentlich notwendig gewesen wäre. War Emilie so bestimmt und klar, dann ditz Ismer sich auf die Lippen und erteilte sich einen Beweis wegen seiner Dummheit. Vielleicht war es der Frische doch nicht?...

So unerschütterliche Ruhe wie Emilie konnte keine Frau bewahren, wenn sie eine und auch nur verstedteste Anspielung auf ihren Schah hörte.

Offenbar war es der Frische nicht.

Der „Kerl“, der „dahinter stalt“, mußte ganz anherhalb des Bereichs sein, das Ismer zu überschauen imstande war. Und die Ueberlegung über seine Ohnmacht in diesem Eingefalle brachte ihn dazu, sich zu fragen, was von seinem Leben er denn überhaupt zu übersehen imstande wäre.

Mit seinem Leben war er bisher immer ganz einig gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

# Groß-Berlin

## Waffenfunde

Die Zeitungen melden, daß wieder eine Suche nach Waffen begonnen hat. Häuser und Wohnungen werden nach Waffen durchsucht. Im Weiden, im bayrischen Viertel, sei begonnen worden. Vertreter der Kriminalpolizei seien bei den Durchsuchungen zugegen, die sehr rüchsigvoll vorgenommen wurden. Während der Waffenfunde wurden die Postanten auf der Straße angehalten und nach Waffen befragt. Diese Waffenfunde soll fortgesetzt werden. Sie erinnern an das Vorjahr, wo die Postgarde in die Wohnungen eintrat und stahl, was sie stehlen konnte. Was das schließt, ist war, waren die Gemeinheitsrat, die gegen Arbeiter begangen wurden, die in dem Verdacht standen, unserer Partei anzugehören. Alle waren Spartaisten, und die rasende Soldateska knallte nieder, was sie gerade bekam. Man versprach die berühmte Untersuchung; nichts ist geschehen, und die Wälder sind frei ausgegangen, wie die der 12 Matrosen in der Französischen Straße oder die in Richterstraße-Straße. Keinem ist ein Haar gekrümmt worden. Unsere Genossen in der preussischen Landesversammlung hatten damals eine parlamentarische Untersuchungskommission beantragt. Sie auch beschlossen wurde. Die Kommission betrachtete ihre Aufgabe nur von dem einseitigsten Gesichtspunkt, sobald unsere Partei ihren Vertreter aus dieser Kommission zurückzog. Sie tat recht daran, die Untersuchung wurde zur Farce. Soweit Berlin in Frage kam, beschränkte sich die Kommission auf die Januarvorgänge und ließ die Schwere der Verbrechen in den Aprilwochen vollkommen außer acht. Dabei hätte sich die Kommission auf den Polizeichef, den ehemaligen Minister Heine, auf den nachmaligen Herrn Döge, der an den Sitzungen teilnahm. Was unter dieser freundlichen Hilfe herauskommen würde, war voranzusehen: eine Rechtfertigung der Polizeipraktiken und des Rostregiments und eine Verunglimpfung (?) der revolutionären Arbeiterschaft. Die heutige Waffenfunde wird sich in etwas anderen Formen abspielen, aber ihre wesentliche Spitze wird sie gleichfalls gegen die Proletarier richten.

## Goldener Sonntag

Der heutige Sonntag ist für die Geschäftswelt der sogenannte „goldene“ Sonntag, der letzte Sonntag vor Weihnachten, an dem die Geschäfte geöffnet sind und der die Kassen der Geschäftskunde mit Gold füllen soll. Mit dem Gold hat es aber jetzt einen doppelten Haken. Erstens Gold — nichts zu machen, und zweitens, das kaufkräftige Publikum ist arg zusammengeschmolzen.

Der Papiergeldstrom wird aller Voraussicht nach kein reichender Strom werden. Die arbeitende Klasse kann sich nicht das Allernotwendigste zum Leben kaufen und woher soll das Geld für große Geschenke kommen?

Wo das Geld zulange, werbes wohl in erster Linie praktische Geschenke gekauft oder gute Bücher, die den Menschen über die Monotonie des Alltags heben oder, was noch besser ist, ihn über seine Klassenlage aufklären und zu einem überzeugten proletarischen Kämpfer erziehen.

Für die Angestellten in den Geschäften bringt der Tag Mehrarbeit und viele werden an diesem Tage daran denken, daß sie nach Abwicklung des Weihnachtsgeschäftes überflüssig werden und

zur Entlassung kommen. Trübe wie der schmutzgraue Dezemberhimmel ist ihre Zukunft, und in wenigen Tagen wird der Postbote ihnen Weihnachtskarten ins Haus bringen: „Fröhliche Weihnachten!“

## Unsere Bücher- und Bilderausstellung

Die Weihnachtsausstellung unserer Buchhandlung hat den ungeheuren Beifall aller bisherigen Besucher gefunden. Sind doch manchem die Sorgen abgenommen worden, die er sich gemacht hatte, weil er nicht wußte, wie er mit seinem schmalen Geldbeutel den Seinen eine rechte Weihnachtsfreude machen könne. In gegenwärtigen Zeiten werden doch nur Dinge geschenkt, die lowieso hätten angeschafft werden müssen. Wenn es darüber hinaus möglich ist, noch etwas besonderes für das Fest zu beschaffen, dann muß es etwas von bleibendem Wert sein. Was liegt da nun näher als ein gutes Buch?

Für die richtige Auswahl ist der Besuch der Bücher- und Bilderausstellung der „Freiheit“ sehr zu empfehlen. Neben der außerordentlich reichen Auswahl an guten Büchern, wird durch sachmännliche Beratung dafür gesorgt, daß jeder das Richtige findet. Neben wirklich guten Bilderbüchern für die Kleinsten sind für die reifere Jugend eine große Menge sehr empfehlenswerter Jugendbücher vorhanden. Nach jeder Richtung sorgfältig ausgewählt ist die für Erwachsene zur Verfügung stehende Literatur. Ebenso groß ist die vorhandene wissenschaftliche und parteipolitische Bücherei. Neu angenommen ist künstlerischer Wanderschmuck.

Die Bücher- und Bilderausstellung der „Freiheit“ ist täglich bis 7 Uhr abends geöffnet, am heutigen Sonntag von 1—7 Uhr, und durch ihre zentrale Lage, Breite Straße 8/9, von jeder Stadtgegend aus leicht zu erreichen.

Distriktsobleute der Elternbeiräte. Montag, abends 7 Uhr, Sitzung im Reichstagsgebäude, Obergeschloß, Zimmer 15a, Eingang Portal II. Wegen der wichtigen Tagesordnung müssen alle 20 Verwaltungsbezirke vertreten sein. Verbands-Bildungskommission.

Zur Oberbürgermeisterwahl wird uns geschrieben: Die Tatsache, daß die Rechtssozialisten im Wahlauschlag für den Rämmerer Vög gestimmt haben, qualifiziert sich als ein glatter Verrat an der sozialistischen Arbeiterschaft. Vög ist als Reaktionär bekannt und es ist unerhört, daß es möglich ist, ihn als Oberbürgermeister zu präsentieren. Die Ablehnung unseres Kandidaten Wegl ist selbst vom Standpunkt der Rechtssozialisten nicht zu rechtfertigen. Wegl hat eine 20-jährige Erfahrung auf dem Gebiete der Kommune hinter sich, er ist also kein Neuling im Berliner Gemeindeleben. Sonst sind doch die Rechtssozialisten nicht so, wenn es sich um Bezeichnung von Oberbürgermeisterstellen handelt. Herr Veinert, der jetzige Oberbürgermeister von Hannover, ist auch kein geborener Verwaltungsbeamter, Herr Scheidemann, der Oberbürgermeister von Kassel, hat gleichfalls nicht die Laufbahn eines Verwaltungsbeamten durchlaufen. Seine Ministerherlichkeit hat ihm noch lange nicht die Kenntnis gegeben, die ein Oberhaupt einer Gemeinde haben muß. Viele Kenntnisse kann man sich durch langjährige Tätigkeit und Erfahrung in der Gemeinde erwerben. Die Rechtssozialisten können sachliche Argumente für ihr Verhalten bei der Oberbürgermeisterwahl nicht ins Feld führen, jedenfalls ist ihr Hinweis auf die Notwendigkeit der Wahl eines Verwaltungsbeamten durch die Tatsachen als nicht stichhaltig erwiesen.

Die völkerverfeindlichen Stadtverordneten im roten Hause haben der Stadtverordneten-Versammlung einen Antrag unterbreitet, der auf die Vorgänge in der vorletzten Stadtverordneten-Versammlung zurückgreift. Der kommunistische Stadtverordnete Degener hatte bei der Begründung eines Antrages seiner Partei in Bezug auf Reuonstellung von Beamten sich auch auf Äußerungen des Magistrats bezogen und hatte auch solche Äußerungen vorgelesen, von Ennem und Genossen haben deshalb folgenden Antrag eingebracht: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zu untersuchen, wie es möglich ist, daß ein Stadtverord-

ner sich für die Sitzung am 9. Dezember d. J. Äußerungen des Magistrats verschaffen konnte. Der Magistrat wird ersucht, gegen die schuldigen Beamten einzuschreiten.“

Es war von Herrn Degener nicht gerade klug gehandelt, daß er mit den ihm zur Verfügung gestellten Äußerungen in der Stadtverordneten-Versammlung paradierte. Natürlich müssen Äußerungen und Stadtverordneten zugänglich sein, um sich informieren zu können. Das soll aber nur mit Zustimmung des Magistrats geschehen. Abschließend ist das nicht das Entscheidende. Ausschlaggebend ist doch nur, ob in den Äußerungen Nachweise zu finden sind über Unregelmäßigkeiten. In diesem Falle kommt die Sache in Frage und nicht die Art, wie sich ein Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung einbildet in die Äußerungen verhält. Ist etwas zu verbergen oder nicht, das ist die Frage. Und die muß rellios beantwortet werden. Die Untersuchung, die eingeleitet werden soll, wird hoffentlich Klarheit bringen.

Sitzung der Verkehrs-Deputation. In der gestrigen Sitzung der Verkehrsdeputation unter Vorsitz des Stadtbaurats Dr. Ing. Ablex wurde die Abgrenzung der Rechte der Deputation und der einzelnen Verwaltungsräte eingehend besprochen und der städtischen Körperschaften vorzulegende Beschlüsse festgelegt. Die Frage der Ausgabe von Freifahrtkarten war Gegenstand eingehender und sehr lebhafter Aussprache. Es wurde beschlossen, in Zukunft Freifahrtkarten nur mit Lichtbild auszugeben. Die Mitglieder der Bezirksämter und Bezirksversammlungen, die bisher Freifahrtkarten hatten, erhalten auch weiterhin Karten für sämtliche Linien, jedoch auf Kosten der einzelnen Bezirksverwaltungen und zum Preise von Dauerarten für zwei Linien. Die Kosten der Ausgabe von ermäßigten Karten für Blinde und Invalide wird in der nächsten Verwaltungsratssitzung der Straßenbahn erledigt werden. Schließlich wurde in der Deputationsitzung die Organisation der Straßenreinigung nach den Bezirken beschlossen, wobei der Meinung allgemein Ausdruck gegeben wurde, daß eine Verringerung der Straßenreinigungs-Bezirke im wirtschaftlichen Interesse unbedingt anzustreben ist.

Ueber die Zustände in der Heimstätte Gütergoh wird von Patienten lebhaft Klage geführt. Wir haben uns mit den zuständigen Stellen in Verbindung gesetzt und die Klagen zum Zweck der Abhilfe übermittelt. Der Vorstehende für das Gesundheitswesen, Herr Stadtmedizinalrat Dr. Kadnow, hat eine Ausprache mit den interessierten Kreisen veranlaßt und wird sich der Sache annehmen. Damit ist zunächst auch der Zweck erreicht, den der Patientenauschlag durch eine Veröffentlichung erreichen wollte, aber da die „Kote Fahne“ nicht leben kann ohne uns in jeder Nummer anzulassen, mußte sie uns aus der Nichtöffentlichkeit einen Vorwurf machen. Uns war es nur darum zu tun, den Schwerkranken zu helfen, und nicht nur zu trauern.

Weihnachtsfeier für religionslose Kinder des Siedewassers. Dienstag, 21. Dezember, in Graumanns Festsaal, Raumstraße 27. Kassenöffnung 6 Uhr, Beginn 7 Uhr. Erwachsene 75 Pfg., Kinder 30 Pfg., Arbeitslose mit Kindern frei. — Nebenher erhalten die Arbeitslosen.

Reinickendorf. Eine große Weihnachtsausführung für Kinder mit Kinovorstellung, Lichtbildervortrag, Theaterkette usw., am Donnerstag, den 23. Dezember, abends 5 Uhr, in den Hubertushallen, Reinickendorf-Ort, und eine Märchenvorlesung mit Liedern zur Laute am Sonntag, den 26. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in der S. Schule, Auguste Viktoria-Allee, Reinickendorf-West. Eintritt 50 Pfg. für Kinder, 100 Pfg. für Erwachsene. Erwerbslose haben gegen Vorzeigung ihrer Stempelfkarten mit ihren Kindern freien Zutritt.

Berlin. Am Donnerstag ist unserem Branchenleiter Herr Kesselschmiede, Kollegen Richard Wahlsamenz, die Stenografie seinen sämtlichen Papieren, zwei Stempeln und Quittungen für den Deutschen Metallarbeiter-Verband, abhanden gekommen. Jeden Nächstens zu unterbinden, werden die Stempel hiermit ungültig erklärt. Falls jemand in der Lage ist, über den Verbleib obiger Sachen Auskunft zu geben, bitten wir, dieselbe unser Bureau, Einienstraße 88/89, gelangen zu lassen. Deutscher Metallarbeiter-Verband.

# Gardinen — Teppiche — Decken

Billiger  
Weihnachts-  
Verkauf!

Künstlergardinen in engl. u. Erbk. Fenster M. 75, 95, 110 wertw. reich bestickt, in allen Farben Fenster M. 175 an  
Madrasgarnituren best. Qual. Fenster M. 70, 100 bis 150  
Lang- u. Halbstores in einfach. Breite Meter M. 6, 9<sup>50</sup>, 12, 15  
Gardinenstoffe in doppelter Breite Meter M. 19<sup>50</sup>, 25, 28  
Zuggardinen abgepaßt sowie vom Stück in weiß und creme

Tüllbettedecken engl. u. Erbk. 100, 120, 140, 160, 180, 200, 220, 240, 260, 280, 300, 320, 340, 360, 380, 400, 420, 440, 460, 480, 500, 520, 540, 560, 580, 600, 620, 640, 660, 680, 700, 720, 740, 760, 780, 800, 820, 840, 860, 880, 900, 920, 940, 960, 980, 1000 wertw.  
Tischdecken in Leinen, Gobelins u. Filzsch. von M. 95 an  
Diwanddecken Paracremster, Kellm, Gobelins, Moquet von M. 175 an  
Steppdecken doppelseitig, Satin, in all. Farben von M. 250 an  
Teppiche für Wohn-, Speise- und Herrenzimmer in allen Größen (ohne Ersatzstoffe)  
Portieren, Läuterstoffe, Brücken, Bettvorlagen

In allen Abteilungen können wir bis zu

50%  
billiger

gegen die früheren Preise verkaufen

Herzig & Weininger, Spezialhaus für Gelegenheitskäufe, Berlin C, Gormannstr. 1, 2 Treppen (Ecke Weim. - Str. u. Rosenlin. - Str.)

Fahrverbindung: Stadtbahnhalte Hörsing, Straß. - Halte - Linien: 111, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100



# Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend m. b. H.

Am Sonntag, den 19. Dezember d. Js. sind unsere Warenhäuser Brunnenstraße 188-190 (am Rosenthaler Platz) und Reinickendorfer Straße 21 / Pankstraße 89 (am Bahnhof Wedding) von 1 Uhr bis 6 Uhr nachmittags zum Verkauf geöffnet. Derselbe erfolgt nur an die Mitglieder unserer Konsumgenossenschaft.

Reiche Auswahl an praktischen Weihnachtsgeschenken aller Art

Landtagschluß

Die Preussische Landesversammlung ist gestern auseinandergegangen. Sie wird noch einmal vom 11. bis zum 14. Januar...

Mit aller Entschiedenheit wandten sich die Rechtsparteien gegen das Domänengesetz. Der Abgeordnete Weharmel fürchtete...

Die Rechtsparteien fürchteten die Selbstbewirtschaftung der Domänen, weil sie darin einen Anfang der Sozialisierung in der Landwirtschaft sehen...

Um die Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern, beantragten die Deutschnationalen namentliche Abstimmung. Dadurch wollten sie die Beschlussfähigkeit herbeiführen...

Der wichtige Haushalt der Landwirtschaftlichen Verwaltung fand trotz seiner Bedeutung ein fast leeres Haus. Die Deutschnationalen schidten Herrn von der Osten als Redner...

Infolge vorgerückter Zeit konnte Genosse Künstler nicht mehr zu Worte kommen. Die nächste Sitzung findet am 11. Januar statt.

Den Umlernern gewidmet

Ein Forscher hat von seinen Reisen einst sich ein Chamäleon nach Hause gebracht Und macht' es seinem Neffen zum Geschenke...

Als der Professor einst nach Hause kam, fand er das arme Tier nicht mehr am Leben. Der Neffe hatte, um es zu versuchen, auf ein vielstelliges Tuch das Tier gesetzt...

Und wie nun die Moral?

Wer ohne Rückgrat sich charakterlos Jedweder Strömung anzupassen sucht, Dem droht das Schicksal des Chamäleons.

E. Arno.

Kommunistische Rohlinge

Uns wird geschrieben: Mit welchen Mitteln der Wahlkampf im Metallarbeiter-Verband von Anhängern der Richtung Ruch geführt wird...

Ein Mitglied des Verbandes verteilte Sonnabend früh in der verlängerten Koloniestraße im Norden von Berlin vor den Betrieben der Firmen Köhmann u. Kühnemann und Driz Flugblätter für die dort beschäftigten Metallarbeiter...

Gewerkschaftliches

Verammlung der Post- und Telegraphenbeamten und -beamtinnen

In der am 17. Dezember in der Brauerei Happoldt überaus zahlreich besuchten Versammlung referierte Ried über die allgemeine Notlage der Post- und Telegraphenbeamten...

Genosse Hoffman gibt bekannt, daß in Baden die Einheitsgewerkschaft gegründet sei. Es sind aus Karlsruhe und Pforzheim Begrüßungstelegramme eingelaufen...

Die durchaus rege Aussprache ließ keinen Zweifel darüber, daß die Postbeamten nicht gewillt sind, sich das Streikrecht nehmen zu lassen. Wenn der Reichsjnanminister verfügt, daß vom 15. Dezember ab das Januargehalt ausgesetzt werden soll...

Die am 17. Dezember in der Brauerei Happoldt, Hasenheide, versammelten Postbeamten und -beamtinnen legen die von der Regierung und dem Reichstag beschlossenen Maßnahmen zur Beseitigung der unter der Beamtenchaft herrschenden Notlage...

Die bisher bekannt gewordene Haltung des Deutschen Beamtenbundes in diesem Kampfe fordert unseren schärfsten Protest heraus.

Wir verlangen als nächste unerlässliche Maßnahmen: Protestkundgebungen im ganzen Reich gegen die Bedrohung des Koalitionsrechts durch das Streikverbot der Regierung...

Um aus dem Elend der organisatorischen Zersplitterung der Postbeamtenchaft, die einen großen Teil der Schuld an der Zer-

fahrenheit der Verhältnisse trägt, herauszukommen, stellt die Versammlung die Forderung, daß sofort an die Schaffung einer Einheitspostgewerkschaft mit Ernst und Eifer herangetreten wird...

Die am 17. 12. 20 in Happoldts Brauerei zahlreich versammelten Postbeamten und -beamtinnen erheben die Forderung, daß die Zentralvorstände der Postberufsorganisationen sofort die Vereinigung zu einer Reichspostgewerkschaft in die Wege...

Gegen den Eisenbahntarif

Abseits aller theoretischen Abstraktionen über das Zustandekommen von Industrieverbänden ist durch eine Protestversammlung der Verwaltungsarbeiter des Reiches und Preußens...

Referierend über das Thema: „Der Eisenbahntarif und was ist zu tun?“ erläuterte Apitzsch vom Eisenbahnerverband die Entstehung des Reichs-Eisenbahner-Tarifes...

Ferner betonte der Referent u. a., daß der Kampf der Verwaltungsarbeiter gegen die Eingliederung einer Lohngruppe VIII in den Verwaltungsarbeiter-Tarif von Seiten des Eisenbahnerverbandes volle Würdigung finde...

Nachdem Otersdorf vom Deutschen Transportarbeiterverband einen Bericht über den Stand der Lohnbewegung gab und die Versammelten aufhorchte, bereit zu sein für den kommenden Kampf...

Die am 17. Dezember 1920 versammelten Verwaltungsarbeiter und -arbeiterinnen des Reiches und Preußens nehmen voll tiefer Entrüstung Kenntnis von dem Beschluß des Reichskabinetts, unter allen Umständen eine Lohngruppe VIII in den Reichstarif der Verwaltungsarbeiter einzugliedern...

In treuer Solidarität gegenüber den Eisenbahnerkollegen haben die Versammelten seit Anfang Oktober gegen ein derartiges Ansuchen gekämpft mit dem Opfer, bis zum heutigen Tage noch keinen Pfennig an Ueberreizungszulagen erhalten zu haben...

Sollte sich das Kabinett auch fernerhin, jedes Rechtsprinzip verleugnend, gegenüber den beschiedenen, berechtigten Forderungen der Versammelten abtöndelnd verhalten, geloben viele, in Konsequenz einer derartigen Herausforderung des Kabinetts, dem Hofe der Organisation folgend, selbst vor den letzten ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, im Kampfe um ihre Existenzmöglichkeit, nicht zurückzuführen...

Gewerkschaftsvorstände (Gewerkschaftskommission, 114 Ortsstellen), sowie die Delegierten beider Körperschaften, Obleute und Vorsitzende der Angestellten und Betriebsräte. Am Montag, den 20. Dezember, abends 8 Uhr, findet in der Neuen Welt, Hasenheide (kleiner Saal) eine Versammlung statt...

N. J. ISRAEL

BERLIN C, Spandauer Str. 16

Gegründet 1815

Wer

BERLIN C, Königstrasse 11-14

Gegründet 1815

preiswerte, praktische Geschenke

kauft — beschenkt zugleich sich selbst



- Bluse aus schottisch kariertem Wollstoff, wie Abbild. 98.-
Seidenbluse einfarbig od. kariert, wie Abbild. 112.-
Bluse aus gestreiftem Flanell, halbtrocken oder hoch geschlossen 37.50
Rock aus praktischem, meliertem Stoff 33.00
Morgenjacke aus Fluschartstoff, m. farb. Besatz 45.00
Kleid aus reinwollenem Stoff, mit Stickerei garniert 275.00
Blusenseide einfarbig, gestreift oder kariert, Mtr. 29.50
Chinakrepp elfenbein-schwarz, einfarbig, Mtr. 79.00
Körperbarchent we-ß, 80 cm, Mtr. 19.50
Bettdamast weiß 82 cm, Mtr. 28.00 130 cm, Mtr. 45.00

- Wirkwaren
Krausenschoner Kunstseide, gestreift 57.-
Schal Reinw., gestrichelt, farb. 87.-
Damen-Strickjacks 165.-
Kinder-Leibhöschen 10.75
Bekleider für Knaben u. Mädchen 10.75

- Kleiderstoffe
Bedruckt. Velours Mtr. 17.-
Tennisflanell Mtr. 17.50
Dirndlstoffe Mtr. 17.50
Gingham 100 cm Mtr. 24.-
Popelin mit Kunstseide, klein kariert Mtr. 33.-

- Taschentücher
Weiß. Batist mit Hohlraum f. Herren 45x45, St. 5.75
Weiß. Batist mit farbiger Kordelrand für Damen, St. 2.95
Weiß. Batist mit Hohlraum u. gestrickter Ecke 2.65 3.95 4.95

- Hauswäsche
Tischtuch Reinleinen Hausmacher Jacquard, Sternmuster, 130x160 cm 84.50
Mundtücher 60x60 cm 15.75
Stubenhandtuch weiß Reinleinen, 45x100 cm 18.75
Frottierlaken weiß Kräuselstoff, 160x200 127.50

- Herrenwäsche
Farbige Oberhemden mit Klappmanschetten 72.-
Farbige Oberhemden gestreift oder gemustert 116.-
Weiße Oberhemden m. Piko-Eins u. feinen Manschetten 125.-
Strickbinder große Auswahl 15.-

- Blusenschürze blauere kräftiger Körper 22.50
Daunenkissen einfarbig od. bunter Satin, etwa 30x40 cm 29.50

- Damenwäsche
Taghemd im Rumpf gestickt 39.-
Taghemd aus feinem Madapolam m. Ein-u. Ans viereck 42.-
Beinkleid mit Stickerei-Ansatz 39.-
Bademantel weiß, Frottierstoff m. farb. Aufschlägen 295.-

- Herrenkleidung
Hausjoppe mit Schnur und Apraffe 172.-
Schlafrock mit Schnur und Apraffe 190.-
Fantasie-Westen 128.-
Beinkleider moderne Streifen-Muster 98.-

- Regenschirm für Damen und Herren, mit Futteral 57.00
Bettvorleger prima Axminet, etwa 55x115 cm 75.00

- Polster-Möbel
Ruhebetten starken Sprungfedern mit Kretonbezug 435.-
Polstersessel niedr. Klubform m. gemust. Gobelinat 825.-
Bäckensessel mit gemustert. Gobelinstoff 975.-

- Lederwaren
Aktenmappe Rindleder mit Griff, braun od. schwarz 89.-
Nagelpflegekasten Stahl 25.50
Ledertasche größere Form für Damen 64.-
Isolierflasche mit Aluminiumbecher, für warme u. kalte Getränke, 1/2 l Inhalt 19.50

- Elektr. Apparate
Bügeleisen vernickelt mit kompakter Zuleitung 110.-
Kocher Messing vernickelt mit Zuleitung 145.-
Wärmestrahler elektr. Heizofen mit Zuleitung 290.-

Heute ist das Kaufhaus von 11 bis 6 Uhr geöffnet

